

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Gjurstraße 4/5, durch die Zweigabteilungen der „Volksmacht“, Neue Gruppenstraße 5 und Friedrichstraße 105, Wanglasstraße 100, sowie durch alle Aussträcker zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. - 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einfließ. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 100 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenanzeigen, Vereins-, Verfallungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Gjurstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der Vormarsch wird fortgesetzt!

Genossinnen und Genossen!

Aus den verschiedensten Gebieten Deutschlands geht uns die Nachricht zu, daß allenthalben mit Feuereifer neue Mitglieder geworben werden! Welches Land, welcher Bezirk, welche Ortsgruppe wird sich als kampfkraftigste und erfolgreichste erweisen? Wer ist der beste Werber des Reiches? Großer Mitgliederzuwachs wird besonders aus den Groß- und Mittelstädten berichtet. Prachtvolle Resultate liegen aber auch aus den kleinsten Orten vor:

- Der Ortsverein Rathsdamnitz, Kreis Neustettin, steigerte seine Mitgliederzahl von 24 auf 63.
- Wilkau meldet 29 neue Mitglieder in 14 Tagen, Braunsdorf 20, Nünchritz 13 usw. Dorf Prannitz bei Rathenow meldet allein die Aufnahme von 30 Frauen, Dorf Niederlehme bei Königswusterhausen steigerte die Zahl der Mitglieder um 26 Frauen, ohne die Männer.
- In Meissen warb ein Genosse in einem Betrieb 11 Mitglieder, ein anderer führte der Partei 8 neue Genossen zu.
- Das »Neumärkische Volksblatt« in Landsberg gewann in 14 Tagen 340 Abonnenten.
- Die Aktion steigert sich von Tag zu Tag.

Genossinnen! Genossen! Verdoppelt eure Bemühungen! Zeigt, was unsere kampferprobte Organisation zu leisten imstande ist! Zeige jeder, was er selber kann! Wer den zweiten Mann geworben hat, wirbt den dritten, den vierten! Das Wichtigste ist, daß sich an dieser Werbung nicht nur die kampfbegeisterte Jugend und die alte Garde der Partei, nicht nur jene treuen, allezeit kampfbereiten Genossen beteiligen, die immer und unerschütterlich ihren Mann stehen, wenn die Partei eine Aufgabe stellt, sondern daß auch alle diejenigen jetzt für die Partei werben, die sonst im Hintergrunde der Bewegung blieben. Sie stehen jetzt an der Front! An sie ergeht besonders der Ruf: Seht euch eure Bekannten an.

Bringt sie zur Partei! Reißt sie mit! Rüttelt sie auf! Schürt das heilige Feuer!

Tragt die Begeisterung in die Massen, daß sie mit unermüdlicher Leidenschaft kämpfen für unsere Parole:

Wo bleibt der zweite Mann?

Der erste große Stichtag kommt mit Riesenschritten näher. Sehe jeder Genosse und jede Genossin, daß bis dahin die Parole durchgeführt ist: daß der »zweite Mann« Mitglied der Partei geworden ist. Und vergeßt nicht: der Werber ist dafür verantwortlich, daß der Geworbene so schnell wie möglich in unserer Organisation, insbesondere in der zuständigen Abteilung, heimisch wird. Macht den Geworbenen mit den anderen Genossen und Genossinnen bekannt, namentlich auch mit dem Abteilungsvorstand und den Funktionären, und seht zu, daß er selbst so schnell wie möglich fähig wird, nun seinerseits ebenfalls für die Partei zu werben! Jeder ist für seinen »zweiten Mann« verantwortlich! Schließlich erinnert euch tagtäglich:

Unsere Parole gilt auch für unsere Parteizeitungen!

Genossinnen! Genossen! Es gibt kein Zurück! Es gibt kein Erlahmen unserer Anstrengungen! Wir geben dem Gegner keine Atempause!

Der Vormarsch wird fortgesetzt! Wir greifen an! Die Partei ruft!

Berlin, den 1. März 1931

Der Parteivorstand.

Wo bleibt der zweite Mann?

Gegen die Politik der Gewalt und der Lüge

Riesenfundgebung der Berliner Sozialdemokratie gegen den Faschismus und die bolschewistische Schandjustiz

Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Montagabend in dem größten Saale Berlins, dem Sportpalast, eine riesenförmige Kundgebung gegen Gewalt und Justizraub. Der große Saal des Sportpalastes wurde wegen Überfüllung schon lange vor Beginn der Kundgebung vollständig geschlossen werden. Als Leiter war der italienische Emigrant Pietro Rossi, ein bekannter Sozialdemokrat und der Vorsitzende der Sozialdemokratie in Weis, angetreten. Rossi schilderte die Enttarnung des Faschismus in Italien. Er u. a. ausführte: Die Sozialisten nahen die Parteien des Schreiters Mussolini zunächst nicht ernst, genau so wenig wie die deutschen Sozialisten an der Ruhr die antikapitalistischen Organisationen Hitlers für bare Münze nehmen. Das internationale Bürgerum mußte, daß Mussolini der Träger ihres Klassenkampfes sein würde. Liberaler als die Liberalen, republikanischer als die Republikaner, sozialistischer als die Sozialisten, nur die »altgewordenen Kaufleute von Karl Marx« bestanden, das war Mussolini vor der Machtergreifung. So umwandelte er Bürgerrechte und junge Bauern, Deklassierte und Arbeiter, Landbesitzer des 20. Jahrhunderts, die unter der Führung des Nationalismus Weisgedanken des Kapitalismus lebten. Als dann der König sich für den Umsturz entschied, hatte Mussolini im Staatswege von Mailand nach Rom fuhr, hatte die Gewalt gefiegt. Die Gegner des Faschismus sind vogelfrei. Die faschistische Mächte preisgegeben Korruption und Enttarnung, Schieberwirtschaft und bitterer Not der Arbeiterschaft.

Freundlichen Journalisten der „New York Times“, die, daß sich von den ehemals eingelernten 2 Millionen Deutschen heute noch eine Million in den Konzentrationslagern befinden. Der alte Faschismus sei nicht so schlimm als der kommunistische Faschismus. Die kommunistische Inquisition wolle die russische Sozialdemokratie moralisch und physisch vernichten. Aber es gebe ein höheres Gericht als das oberste Gericht der Sowjetrepublik, das jetzt wieder in Moskau gegen 14 „gewählte Sozialdemokraten“ verhandelt. Das sei das Gericht der internationalen Arbeiterschaft. Hier gemiene die russische Sozialdemokratie den Prozeß, wenn auch die 14 armen und erprobten Deutschen in Moskau verurteilt würden.

Otto Wels führte aus: Faschismus und Bolschewismus werfen die Arbeiterschaft zurück. Unser Kampf gegen den Faschismus, der nach dem 11. September in ganz Deutschland geführt wird, zengt von unserem Abwehrwillen. Wir wissen, was wir der deutschen Demokratie schuldig sind. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen, was wir durch ihre Erhaltung der Arbeiterschaft können. (Neue stürmische Zustimmung.) Die Nazis sagen, sie würden ins nächste Parlament mit 200 Mann einrücken. Vor dem 11. September erklärten sie, wenn wir 60 Mann hätten, was werden wir dann alles gewinnen. Der einfache Wähler aber wird ihnen zuzufügen: 107 habt ihr gehabt und seid aus dem Parlament hinausgejogen. Braunischweig ist ein Zeichen. Wenn nach einem rasenden Aufstieg ein Stillstand kommt, dann geht es bergab.

Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit folgten, in Leipzig tote und verwundete Arbeiter, am 28. Februar fuhren Deutschlands Industriekapitäne nach Moskau. Gleichzeitig begann der Prozeß gegen die Genossen von der russischen Sozialdemokratie. In dem neuesten Schändlings- und Schwindelprozeß, der darauf hinausläuft, die russische Sozialdemokratie und mit ihr zugleich die Sozialistische Internationale, in ihr vor allem aber die deutsche Sozialdemokratie zu infamieren, hat der deutsche Parteivorstand ja bereits in der gesamten Breite eine Erklärung erlassen. Ich bemerke: Bisher ist es dem „Sozialdemokratischen Preßedienst“ und dem „Vorwärts“ nicht möglich gewesen, die Genehmigung der Sowjetregierung zu erlangen. Korrespondenten nach Sowjetrußland zu entsenden. Zurzeit werden die Vertreter der deutschen Schwerindustrie, die Herren v. Borjig und Poesagen, mit größter Ehren in Anklage empfangen. Die Leute, denen die deutschen Kommunisten den schwersten Kampf androhen, sind Gäste der russischen Gewaltthaber. Wir verzichten auf solchen Empfang, und das fällt uns nicht schwer. Aber ich erkläre hiermit vor aller Welt im Namen aller Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes:

In dem Lügengebäude der verlogenen Staatsanwälte, die gegen die russische Sozialdemokratie gegenwärtig am Werke sind, ist kein wahres Wort. Wir sind bereit, wie es im internationalen Rechtsverfahren durchaus möglich ist, uns vor jedem deutschen Gericht, zu dem ganzen jugendlichen untere ist in vollem Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit zu äußern. Die Männer, die den sozialdemokratischen Parteivorstand bilden, bieten der Weltöffentlichkeit jederzeit eine klarere Garantie für die Richtigkeit ihrer Erklärungen, als die durch Raub oder Terror gerecheten Zeugen der russischen Justiz. Wir werden weiterhin das Answärtige Amt erziehen, durch die deutsche Vertretung in Moskau der russischen Regierung von dieser unserer Erklärung Kenntnis zu geben. (Stürmische Zustimmung.)

In dem Prozeß, der gegenwärtig geführt wird, werden die bolschewistischen Diktatoren die Füge und Verschweigen der Wahrheit an, und bekümmern darum, daß der verantwortliche Ankläger jedermann klar ist. Aber ihre Pläne werden scheitern an der internationalen Sozialdemokratie, die für Freiheit und Recht kämpft. (Stürmischer Beifall.)

Großer Erfolg der englischen Arbeiter-Regierung

Das neue Flottenabkommen perfekt — Henderson nach London zurückgekehrt

Paris, 2. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die englischen Unterhändler haben den seit Jahren andauernden Flottenvertrag zwischen Frankreich und Italien durch ein Dreiländerabkommen beendet. Sie sind am Montag nach London zurückgekehrt.

Vorläufig ist der genaue Inhalt des Abkommens noch nicht bekannt. Es läßt sich jedoch schon aus der Schnelligkeit, mit der die endgültige Einigung erzielt werden konnte, schließen, daß an den ursprünglichen Forderungen keine einschneidenden Veränderungen vorgenommen worden sind. Frankreich wird sich also mit einer Flotte von 630 000 bis 640 000 Tonnen, Italien mit einer Flotte von 490 000 bis 500 000 Tonnen begnügen. Beide Länder haben sich gegenüber ihren noch auf der Londoner Konferenz vertretenen Nachbarn beträchtliche Abstriche gefallen lassen und haben das Recht wenigstens bis 1936 eingestellt. Der englischen Arbeiterregierung, die schon vor Jahresfrist die für unmöglich gehaltene Einigung mit Amerika erzielen wollte, ist es jetzt also auch gelungen, die beiden „lateinischen Schwelternationen“ zur Abweisung zu bewegen.

Wenn auch einige überpatriotische Blätter in Paris gegen das Abkommen Sturm laufen, weil Bz. in demselben angeblich wieder einmal „das nationale Interesse“ verraten haben soll, so zeigt sich doch die Mehrzahl der Blätter an der höchst befriedigenden, hauptsächlich die politischen Rückwirkungen der Flottenvereinbarung, die Entspannung mit Italien und die neue Annäherung an England überwiegen. Die Ursachen dieser Befriedigung zu sein. Im hiesigen Lager hofft man nämlich, daß England auf der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes bedingungslos die übrigen Abrüstungsforderungen Frankreichs unterstützen wird, obwohl dieser Behauptung von englischer Seite auf das entschiedenste widersprochen wird.

Der Inhalt des Abkommens

Als Inhalt des französisch-italienischen Flottenabkommens teilt das „Giornale d'Italia“ folgendes mit:

1. Minderung der Flottenvorlagen und Verlangsamung der Schiffsbauten beider Länder. 2. Gleichwertigkeit der Schiffsklassen, nicht also gleiche Anzahl der Schiffsklassen bei beiden Ländern im Flottenprogramm bis 1936. 3. Rüstungsspanne zwischen Frankreich und Italien insofar, als die Flotten nicht vermehrt, sondern nur nach den bereits vorliegenden Programmen ausgebaut werden sollen. 4. Steigende Tendenz zur Herabdrückung der gesamten Zahlen und Schiffsklassen. 5. Vertagung aller anderen Fragen, d. h. vor allem des Prinzips der Gleichheit der Flottenstärke bis Ende 1936.

Die italienische Presse zeigt sich von der Annahme des Abkommens durch die französische Regierung ungemein befreut und findet plötzlich viel Lob für die Haltung Frankreichs. Dagegen werden die von Vögellern der deutschen Reichsregierung geäußerten Behauptungen als unfundiert und völlig unehrlich bezeichnet. Deutschland sei von dem Flottenabkommen nicht im geringsten berührt.

London, 2. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die gesamte englische Presse spendet der Arbeiterregierung und ihrem Außenminister das höchste Lob über das Marineabkommen zwischen Frankreich, Italien und England und vor allem über die französisch-italienische Verhandlung. Selbst das „Morning Post“ schreibt am Montag in seinem Leitartikel: „Franzosen, Arbeiterregierung. Alle Parteien Großbritanniens lassen ihre häuslichen Streitigkeiten zurücktreten und vereinen sich in ihrem Bewußtsein für die von MacDonald und Henderson auf dem delikaten Gebiet der internationalen Politik vollbrachte Leistung.“

Arbeiten tut Herr Schacht nicht, aber schwätzen

Unverantwortliches Gerede des früheren Reichsbankpräsidenten — Dr. Luther antwortet und erledigt das Geschwätz seines unfähigen Vorgängers

Innerhalb 24 Stunden haben zwei Männer zu den Fragen der Reparationszahlungen und der deutschen Kreditpolitik das Wort genommen, die das Ausland aus Repräsentanten der deutschen Währungs- und Geldpolitik zu betrachten gewohnt ist: der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht, der jetzt in der Hugenbergschen Blattarbeiten über den Youngplan vertritt, und sein Nachfolger Dr. Luther, der nach der Institution der Reichsbank den ersten und die letzte Währungsrechnung hat. Über den neuen Reichsminister Schachts berichtet unser Stockholmer Mitarbeiter folgendes:

Der am Montag vormittag hier eingetroffene ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht erklärte vor Vertretern der Presse, daß es an der Zeit sei, mit den Reparationsleistungen ein Ende zu machen. Die Forderungen der deutschen Volkswirtschaft seien erschöpft. Weitere Reparationsleistungen seien nur dann möglich, wenn Deutschland Gelegenheit geboten werde, die Reparationen erst einmal durch eine um 50 Prozent reduzierte Leistung zu verdienen. Ein solcher Ausweg sei im Youngplan vorgesehen. Es sei deshalb von den übrigen Signatarmächten nichts weiter zu fordern, als daß sie ihrerseits die Youngplanbestimmungen erfüllen. Es müßte ein Glück für die ganze Welt, wenn man endlich zu einer vernünftigen Regelung des Reparationsproblems käme, andernfalls stiehe in Deutschland der Reparationsbankrott unabwendbar vor der Tür.

Auf die Frage eines schwedischen Journalisten, was Dr. Schacht tun würde, wenn er Deutschlands Direktor wäre, erklärte er, daß er vor allem durch Aktivierung von Ackerbau und Erziehung von Kleinrentnern der Landwirtschaft auf eine hohe Produktionsstufe zu bringen versuchen würde. Es müßte ferner die Industrie dezentralisiert und durch diese und ähnliche Maßnahmen die Arbeitslosigkeit verringert werden. „Wenig ist diskutierbar zu bestimmen hätte“ — so erklärte Dr. Schacht abschließend — „so werden morgen früh um 8 Uhr sämtliche Reparationszahlungen eingestellt werden.“

Man muß sich darüber klar machen, was Schacht will. Er hat den Volontariat gegen die deutsche Kreditpolitik gewährt, was eine glänzende wirtschaftliche Entwicklung abhängt. Dieser Mann, der vor dem Ausland die eben wiederbesprochenen Anschuldigungen machen konnte, schreibt jetzt in den Blättern Hugenbergs, der infamistisch die deutsche Währung in den letzten Jahren im Ausland unterminiert hat. Mit diesen Behauptungen kann man die Aktien über Schacht nicht verkaufen.

Einige Stunden vor Schacht hat seinen Nachfolger im Reichsbankpresidenten, Dr. Luther, die Segen Deutschlands über seine Kreditpolitik auf der Leipziger Wiese vor der Reichspresse in einer Rede dargelegt, die seinen Eindruck macht. Luther stellt fest, daß Deutschland in keiner Weise damit umgehen, privatrechtlich begründete Zahlungen oder Zahlungen an Private einzufrieren und daß zu diesen Zahlungen ebenso der Zins- und Kapitaldienst für die Younganleihe wie für die Dawesanleihe gehöre. Das sei das Fundament, auf dem die deutsche Kredit-

politik aufbauen müsse. Es komme darauf an, daß die starken Kapitalkräfte und Kapitalmächte der Welt die Hand zum gemeinsamen Handeln, zur Rettung der Völker der Kulturwelt reichen. Deutschland brauche allgemein langfristiges, und vor allem billiges Kapital, um die kurzfristige Verschuldung, die es als „unwiderrufliche Belastung“ betrachte und wie ein Alptrud lähme, durch eine langfristige, eine langsam sich abtragende Anleihe abzulösen. Deutschland brauche weiters billiges Kapital, um die Ausfuhr zu heben.

Es mag Zufall gemein sein, daß die beiden entgegen-gesetzten Reden binnen 24 Stunden und zwar vorwiegend an das Ausland gerichtet, gehalten worden sind. Notwendig war dieses Zusammenreffen. Die Reichsregierung, die die Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands trägt, muß in Anbetracht der neuartigen Einseitigkeiten des Herrn Schacht ein weiteres Wort und vor dem Ausland im einmütigen Beise von den Desideraten vom Schicksal des früheren Reichsbankpräsidenten abgrenzen. Nur so wird es möglich sein, das Vertrauen, das Deutschland nach der Katastrophe des 14. September 1930 in der Welt langsam wieder zurückzubekommen hat, nicht von neuem zu erschüttern.

Trevelyan zurückgetreten

Wegen Meinungsverschiedenheiten über das Schulgesetz

Der Unterrichtsminister des Arbeiterkabinetts, Sir Charles Trevelyan, ist am Montag zurückgetreten.

Trevelyan trat im Jahre 1930 in das Unterhaus ein und war bereits 1914 Unterrichtsminister für das Erziehungsweien im liberalen Kabinet. Das Verbot gegen Engländer Eintritt in den Krieg legte damals Trevelyan ein Amt nieder und schied aus der Regierung aus. 1919 wählte ihn der verantwortliche befähigte Minister und Führer der Arbeiterpartei an. Er wurde Unterrichtsminister im ersten Labour-Kabinet und übernahm diesen Posten wiederum in der zweiten Labour-Regierung.

Das Sir Charles Trevelyan ist noch allem durch das neue Schulgesetz und die darin enthaltene Erhöhung des schulpflichtigen Alters und der Elternbeiträge demütigt gekennzeichnet. Dieses Gesetz mußte jedoch das Schicksal erleiden, das dem gesamten Arbeiterkabinetten der Arbeiterregierung bevorstand. Die Liberalen, ohne die die Regierung nicht leben kann, lehnten jedes weitere Fortschritt ab. Auch die Liberalen war bereits der Unterstützung des Schulgesetzes um 15 Monate hinausgeschoben worden. Jede Regierung schiederte denn das Unterhaus mit 147 gegen 115 Stimmen die gesamte Vorlage, nachdem sie durch alle parlamentarischen und parlamentarischen glänzend hindurchgegangen waren. Auch der Verzicht auf das Gesetz

Besprechungen über den Reichswehretat

zwischen Reichsregierung und Sozialdemokratie

Die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und der Sozialdemokratie sind am Montag fortgesetzt worden. Sie betrafen in der Hauptsache den Reichswehretat und sozialpolitische Fragen. Von sozialdemokratischer Seite wurde nochmals auf die Schwierigkeiten hingewiesen, denen die Zustimmung zum Reichswehretat und im besonderen zu der ersten Rate für das Reichsschiff B in der Fraktion bezeugt. Der Meinungsaustrausch, der sich über mehrere Stunden erstreckte, führte einstweilen noch zu keinem positiven Ergebnis. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Die Fraktion wird am Dienstag abend zu den schwedischen Problemen Stellung nehmen. Im Haushaltsausschuss wird die Beratung des Reichswehretats voraussichtlich am Donnerstag beginnen.

Spielerei der Volkspartei

Ein Gesetzentwurf auf Verfassungsänderung

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung eingebracht, der unter den abzuwartenden Umständen nur agitatorische Bedeutung beizumessen ist. Verfassungsändernde Gesetze bedürfen zu ihrer Annahme einer Zweidrittel-Mehrheit, die jedoch für den Gesetzentwurf der Volkspartei in dem Reichstag des 14. September selbst nicht zu haben sein wird, wenn die Nationalparlamentarier und Deutschnationalen in das Parlament zurückkehren und die Volkspartei votieren würden.

Der Gesetzentwurf fordert eine Heraufsetzung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre. Ferner soll Artikel 21 der Reichsverfassung folgende Fassung erhalten: „Der Reichstag wird vom Reichspräsidenten berufen und geschlossen. Die Berufung muß alljährlich, und zwar mindestens auf den ersten Mittwoch des November, nach dem Sieg der Reichsregierung erfolgen.“ Schließlich soll, folgender Artikel 21a eingeschaltet werden: „Der Reichspräsident ist zugleich Oberhaupt des Landes Preußen. Ihm stehen in preußischen Angelegenheiten die Rechte zu, die sich durch angemessene Anwendung der Vorschriften der Artikel 21, 25, 44, 46, 49, 53, 55, 70, 72 bis 74 auf das Land Preußen ergeben. Das Nähere regelt ein preußisches Landesgesetz. Kommt ein solches Landesgesetz nicht innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten dieses Artikels zustande, so erfolgt die Regelung durch Reichsgesetz.“

Bereich Immunität soll aufgehoben werden

Paris, 3. März. (Eig. Junbericht.)

Die Parlamentarische Untersuchungskommission beschloß am neuen entscheidenden Bericht gegen den ehemaligen Justizminister Peret. Weil Peret sich geweigert hatte, zu einer Gegenseitigen Stellung mit seinem Nachfolger Cheron, dem früheren Justizminister Kennard, sowie dem Generalstaatsanwalt von Paris, vor der Kommission zu erscheinen, hat die Kommission ihren Vorsitzenden beauftragt, im Senat die Aufhebung der parlamentarischen Immunität Perets zu beantragen. Durch die beschlossene allgemeine Vernehmung der früheren Minister soll die Frage geklärt werden, ob der famose Polizeivertrag gegen die Pariser Börse zur Entziehung Quoties unternommen worden ist oder nicht.

damit für die nächsten zwei Jahre tot und darf vorher nicht einmal mehr im Unterhaus eingebracht werden, es sei denn, die Regierung schließt einen Kompromiß mit dem Oberhaus, wie dem Bergwerksgesetz, um zu retten was noch zu retten ist. Die Frage dieses Kompromisses ist es zu unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen Trevelyan und der Mehrheit seiner Ministerkollegen gekommen. Trevelyan hat daraufhin am Montag abend seinen Posten niedergelegt. Auch er fällt als ein Opfer der Gegner der Arbeiterregierung und der ihr als Ministerkabinetregierung aufgezwungenen Lage. Ein schwerer Verlust für die Arbeiterregierung.

Mit der Moskengruppe hat Trevelyan nichts gemein!

Verfahren gegen Feldte und Düsterberg

Der Generalstaatsanwalt in Berlin hat gegen die Bundesführer des Stahlhelms Feldte und Düsterberg auf Grund des § 5, Absatz 1, des Republikstrafgesetzes in Verbindung mit § 20 des Reichsverfassungsgesetzes wegen des Aufrufs in der Stahlhelmszeitung Nr. 2 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der am 13. Januar erschienene Aufruf, der sich mit dem Volksbegehren des Stahlhelms befaßte, enthält zahlreiche Vorwürfe gegen das Republikstrafgesetz.

Der Mann am Faden

Ein Exerzoman von Ernst Hellwig

Copyright by Verlag für Literatur, Berlin

(Kochbuch verboten.)

„Du mit deiner Bildung. Damit laßt sich kein Hund nach dem Weg. Was verdammt denn damit, hm?“

Peter hatte sich nach einer langen Zeit gemeldet, um die Händchen mit dem Mann am Faden zu zeigen. Im Licht der nachts blinkenden Laternen erkundete er, wie es unter ihres Vaters roten Honig war.

„Sein Herz läßt in schweren, klammernden Schlägen. Von hier. Er wieder ist jetzt in das Dackel. Er war der Ausweg, wo die Heizung für ihn? Er erkundete die klammernden Schläge, wie machte es mit. Was ist die, die nicht helfen kann? Was ist das denn? frage er sich. Ein klammernder Junge, der nicht weiß, was er empfinden soll. Er, Mann, ein Junge, wie zu können. Das war ein Glück.“

Unwilling ging eine Bekanntschaft mit den gleichen Begleiten die Segenierung der Galeriejungen. Alles wackelte durcheinander. Bildung! Geh! Peter hatte nicht. Aber: ihr Vater doch auch. Geld! Er viel. Peter er bewußt hatte, wie leicht der Honig an dem einen Abend verstreut hatte, wenn man nicht Sorgen hat.

Peter hätte plötzlich seine Klusteln. Warum sollte er nicht auch hören können. Er war doch hart. Dann küßte er unwillig. Aber warum nicht? Peter ist's nicht, wenn ich verdammt nie er. Dann lese ich mir Peter holen.

Sie aber, um deren geliebte Gesicht seine Gedanken klingen. Sie hatte zu Hause noch eine klammernde, lange Spitze gehabt. Nichts ist die ihr ihres Jammers geschwungen hatte, daß es durch das ganze Haus tönte, hatte sie sich mit dem Bein geschlagen und geweint. Sie weinte in lange, jungen und vergeblich jagend, bis sie erschauerte. Als ihren abgehangenen weißen Kinderwagen lag jetzt ein Räucher. Durch ihren Namen klammerte

„Peter, der gekommen war und sie trösten. Er nahm sie mit. Er trug seinen Arm und küßte sie an ihrem linken Ohr. Ein einmal war eine dicke glatte Frau geworden, die ganz glänzend sprach. Sie sprach sehr anständig und geduldig.“

„Über Juliette! — Ja, ja die anständigen Mädchen! — So, mal an.“

„Was macht eine abschredende Bewegung und wurde etwas unter. Er wurde klar, daß sie im Traum in des Hagens Arm gelassen hatte. Sie wand aber nichts dabei und sagte: Juliette. Sie erkundete sich der Szene, da er so freundlich mit dem armen Krüppel gesprochen hatte. Er sah sehr lieb aus dabei, daß sie ja.“

„Und er, dessen Name durch die Kompositionen Deutschlands wackelt. Ich wackelte mit einem heiseren Stimme: „Wunder — Wunder!“ — „Demontiert nochmal, Wunder!“ Er hatte vergessen, daß er Sorgen und Sorgen von Deutschland war, daß er jetzt Herr Wunder genannt hätte.“

„Die Tier ist ja lauter an.“ — „Was ist denn?“ fragte Herr Wunder verwirrt.“

„Wunder, ich habe mit die Seele nach Peter aus. Haben Sie keine eigene Sprache? Mein Gesicht leuchtet wie Feuer.“

„Herr Wunder hatte keine Sprache und keine. Dann wollte er sich sehr verwirren. Über dem ihm Herr Wunder. Können Sie das nicht gleich wieder sagen. Können Sie weiter Umschlagen. Und da — der Tier hat mich ganz schön paßten — hatten Sie mal 'n Kopf.“

„Herr Wunder lachte.“

„Was ist denn da links los?“ — „Küpferten Sie da — heil, nicht so viele.“ — „Sie verwirren sich gar nicht.“

„Herr Wunder warnte.“

„Wie hat's denn ausgefallen mit ich immer wiederbegeben?“ — „Erklären Sie doch mal 'n bisschen man. Sie'n Sie doch nicht so verwirrt.“

„Herr Wunder sagte.“

„Er verwirrt die ganze Nummer. Hier und verwirrt den Klammern der klammernden. Er sagte noch bei diesen klammernden Klammern. Herr Wunder hatte ihn auch selber verwirren, wenn er — Gott sei Dank — nichts mehr mit diesem Kopf in der Hand.“

„Die einen klammernden Klammern haben. Der Mann des klammernden Klammern hatte durch die Klammern, als man endlich eingehalten war und Herr Wunder erklärte und geklammert in sein Jammern. Er sprach mit einem klammernden Klammern zu Peter.“

„Als ihr das hergehe. Wunder — Wunder!“ wieder sagte.

„Was denn?“ fragte er verwirrt.“

„Wo hat denn die Klammern? Können Sie doch mal nach mir — me — machen Sie mir ich mal 'n klammernden Klammern.“

„Ich mit dem abgestandenen Kaiser. Sind Sie ein Holzkopf, Friedrich und Falk! So, nun lesen Sie mal vor. — Ach, Sie sind anfangen, gehen Sie man erst zur Wirtin und sagen Sie. Sie soll mir heute mit ihrem Kebabgericht vom Halle kochen. So! kriegt sie ein an 'n Kopf. Ich will anständigen Klammern haben. — Ach, machen Sie ihn lieber selbst, sonst wird doch nicht die Seele. Und was vernünftiges zum Essen. Butter, Klammern, Schrippen. Aber nicht bloß für 'n Kanarienvogel. Ru nicht Klammern! Ich verhungere ja sonst!“

Herr Wunder pustete sich noch auf die Finger, die er mit Klammern verbrannt hatte, als es drängen klang. „Guten Morgen, ich möchte Sie Herr Klammern,“ stötte Herr Klammern.“

„Ich, die alle Klammern, dachte Herr Wunder.“

„Bitte, gnädige Frau, darf ich Sie vielleicht in mein Zimmer bezaubern?“ Herr Klammern liegt noch im Bett. Ich werde Sie gleich Klammern sagen!“

Sie lachte unbetrogen. „Ach, wollen ihn doch nicht bekommen. Hat sich die Ruhe christlich verdient. — Hier nicht's zu bekommen. Hat unter Klammern schon geklammert.“

„Ich bin eben dabei, ihn grüßend zu bezaubern.“

„Das ist ja blendend! Bringen Sie mir bitte auch eine Tasse mit, ich geh' Ihnen voraus.“ — „Dort — nicht?“

Herr Wunder öffnete ihr dienfertig die Tür und wackelte klammern. Herr Klammern wackelte ihm ahnungslos eine klammernde Klammern an den Kopf werfen, damit die Klammern verlegt wäre. Sein Wunsch wurde nicht erfüllt.“

Herr Klammern brachte den Hund leider gerade zum Klammern. Dabei lag er eine Reihe klammernder Klammern aus, die auch einem Klammern für klammern klammern.“

„Guten Morgen, Herr Klammern! Gut geklammert?“

Herr Klammern war ganz klammernde, klammernde Klammern. „Guten — Morgen, gnädige Frau. Das ist Glück, daß Sie da sind. Herr Klammern kommt ja nicht vom Klammern. Der hoch Klammern bis zum Klammern. — Haben Sie die Klammern schon geklammert? Was hat denn drin?“

„Klammern Klammern, lieber Junge. Wenn der Klammern nicht von selbst geklammert hätte, ich wäre bis klammernden klammern. Aber was zu klammern. So verwirrt war ich in die Klammern. Sie haben eine klammernde, klammernde Klammern. Ich lese Klammern klammern. — ja?“

(Kochbuch verboten.)

Ausgang der Braunschweiger Kommunalwahlen

Die Ungebildigten und Optimisten unter uns werden durch das Ergebnis der Braunschweiger Kommunalwahlen enttäuscht sein. Und nicht ganz ohne Grund. Denn ein Rückgang der Nationalsozialisten ist auch bei diesen Wahlen noch nicht eingetreten. Im Gegenteil, die Nationalsozialisten haben sogar im Vergleich zu den Wahlen vom 14. September dieses Jahres noch gewonnen, während die Sozialdemokratischen auch im Vergleich zur letzten Reichstagswahl, noch an Stimmen verloren hat. Kein Wunder, dass der Anteil der Nationalsozialisten allerdings sehr gering. Er beträgt nur etwas mehr als 1700 Stimmen, das sind nur 2,8 Prozent der Stimmen, die sie bei der Reichstagswahl auf sich vereinigten konnten. Der Verlust der Sozialdemokraten gegenüber den Nationalsozialisten ist unbeträchtlich. Er beträgt fast 3000 Stimmen, das sind 10,3 Prozent der am 14. September abgegebenen Stimmen. Das Bild ändert sich aber, wenn man berücksichtigt, daß auch die Wahlberechtigung geringer war und insgesamt ungefähr 21.000 Stimmen abgegeben wurden als am 14. September.

Der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen an allen abgegebenen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl betrug 38 Prozent, nach dem Verlust der Sozialdemokraten etwas über ein Drittel abfielen. Das sind über 7000 Stimmen. Es kam ein reiner Verlust von ungefähr 6000 Stimmen, das sind ungefähr 4,8 Prozent der am 14. September abgegebenen Stimmen. Damit ist der Verlust der sozialdemokratischen Stimmen an allen abgegebenen Stimmen aber nur um 1,9 Prozent, nämlich von 30,9 Prozent zurückgegangen. Die wirkliche Abschüttelung ist also, wie man sieht, recht gering.

Die vorläufige geringe Rückgang des prozentualen Anteils der Sozialdemokratie an der Gesamtbevölkerung ist auf den Verlust der bürgerlichen Mittelparteien zurückzuführen, die sämtlich erhebliche Rückschläge erlitten haben. Die Deutschen Nationalen und die Staatspartei. Aber auch die Sozialdemokraten sind recht stark zurückgegangen. Der Gewinn der Nationalsozialisten zunächst geringer als er tatsächlich ist. Der Anteil der Nationalsozialisten an den abgegebenen Stimmen betrug am 14. September 25 Prozent. Infolgedessen mußte ihre Stimmenzahl bei den Wahlen etwas verloren, noch etwas gewonnen hätten. Bei den Wahlen von 21.000, das sind um 5250 Stimmen, zurückgegangen sein. In Wirklichkeit haben sie aber etwas über 5000 Stimmen gewonnen, folglich haben sie in Wirklichkeit einen Gewinn erzielt, der ungefähr einer Zunahme von 7000 Stimmen entspricht. Das sind aber ungefähr 8 Prozent ihrer Stimmenzahl bei den letzten Reichstagswahlen. Einen weit größeren Erfolg haben die Kommunisten erzielt. Sie haben ungefähr 5000 Stimmen gewonnen. Das sind 23 Prozent der zuletzt für sie abgegebenen Stimmen. Ihr Anteil an allen abgegebenen Stimmen betrug 16 Prozent. Folglich muß man ihnen von dem Rückgang der Wahlbeteiligung auch noch 6 Prozent zugute rechnen. Das sind ungefähr 1200 Stimmen. Mithin haben die Kommunisten ein Gewinn erzielt, der dem von 6200 Stimmen entspricht. Das sind 30 Prozent ihrer bisherigen Stimmenzahl. Der Anteil der Kommunisten an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ist dadurch von 6 Prozent auf 8,5 Prozent gewachsen. Der Anteil der Nationalsozialisten von 25 Prozent auf Prozent. Da diesem Wachstum des Anteils der beiden radikalen Parteien zusammen an der Gesamtbevölkerung von 6,1 Prozent ein Sinken des Anteils der Sozialdemokraten von 30,9 Prozent gegenübersteht, so muß der Anteil der bürgerlichen Parteien im engeren Sinne an der Zahl der abgegebenen Stimmen um insgesamt 4,2 Prozent gesunken sein. Man hebt oft die Tatsache wieder einmal in erster Linie die bürgerlichen Mittelparteien besetzt haben.

Deshalb also das Wahlergebnis zu wünschen übrig läßt, man doch sagen, daß es bei weitem nicht so ungünstig ist, wie diejenigen, die sich über die Schwierigkeiten der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage hinaus gemacht haben, befürchteten. Mit einem weiteren Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen mußte man ja in dem nächsten Winter und so lange die Wirtschaftskrisis andauert, durchaus rechnen. Ebenso mußte man für die nächsten Wahlen eine weitere Zunahme der Nationalsozialisten rechnen. Die Not drückt eben zu stark auf große Kreise der Bevölkerung und verleiht die Stimmung der Massen zu stark. Sie ist im Augenblick für kühlere, nüchtere politische Urteile und Verständnisse nicht empfänglich. Berücksichtigt man diese Umstände, so erscheint der Rückgang der Sozialdemokratie nicht so bedauerlich und der Erfolg der Nationalsozialisten bei den Wahlen nicht so groß, daß man deshalb große Befürchtungen haben sollte. Der Zuwachs der Nationalsozialisten hat sich nicht so groß gezeigt. Mehr kann man allerdings im Augenblick noch nicht erwarten. Es wäre leichtsinnig, wenn man sich darüber wunderte. Von einer Gewöhnung unserer politischen Parteien kann auch noch nicht angedacht die Rede sein. Vielleicht werden wir uns noch außerordentlich anstrengen müssen, um die Hochflut des Nationalsozialismus endgültig abzuwehren. Der Wahlausgang scheint uns zwar zu pessimistischen Anlässen zu geben. Er rechtfertigt aber auch nicht einen Optimismus und gar zu leichtfertigen Optimismus. Vielmehr ist eine deutliche Mahnung dar, in unserem Kampf gegen den Nationalsozialismus auf der ganzen Linie nicht zu erlahmen, sondern alle Kraft einzusetzen.

Braunschweiger Sozialdemokratie ist zufrieden

Die Sozialdemokratischen „Vorbereitungen“ der Braunschweiger Kommunalwahlen sind, wie die Braunschweiger Sozialdemokraten in dem er veröffentlichten Artikel über die Braunschweiger Kommunalwahlen festgestellt haben und dies ziemlich eindeutig feststellt, ein folgendermaßen begründet: Das Ziel des Bürgerturns und der Nazis war die Verdrängung des Sozialismus. Es ist nicht erreicht. Zwar ist ein kleinerer Wähler nach links abgewandert, weil er gläubiger kommunistischen Himmel Rettung vor wirtschaftlichem Elend und drückender Not zu finden, aber diese Wähler dürften sich weitgehend haben. Wenn die Hebel politische Demokratie und der Kampf gegen wirtschaftlichen Verelendung sich im festen Boden verankert, werden diese Verdrängungen zu

uns zurückfinden. Wir sehen sie nur darum mit Wehmut von uns scheiden, weil ihre kommunistische Stimmenabgabe an vielen Stellen eine vernünftige politische Willensbildung verhindern wird.“

Nach zahlenmäßiger Berechnung des Stimmenverlustes unserer Partei führt dann Genosse Grote wohl weiter aus: „Obne auf die zehnprozentige geringere Wahlbeteiligung zu verweisen, ist dieser Verlust zu erklären durch die Tatsache, daß in vielen Orten durch Wegfall der Wahlen, weil man sich über die Zusammenlegung des Gemeinderates vorher einigte, ein Stimmenverlust eingetreten ist, der besonders für die Sozialdemokratie noch dadurch vergrößert wurde, daß in vielen Orten keine sozialdemokratischen Kandidatenlisten aufgestellt waren. Das ist besonders an solchen Orten der Fall gewesen, wo durch politischen oder wirtschaftlichen Terror die Entfaltung der Partei durch eigene Kandidatenlisten unmöglich war. In vielen Fällen sind aus diesen aber ähnlichen Gründen „neutrale Arbeiterlisten“ aufgestellt, die bei der Berechnung der Stimmenzahlen naturgemäß außer Anschlag bleiben mußten. Da unter diesen Umständen die Rechtsparteien und die Nazis so gut wie gar nicht zu leiden hatten, ergeben sich Einwirkungen auf die Zahlen- und Größenverhältnisse, unter denen allgemeine politische Wahlen nicht annähernd zu leiden haben. Es dürfte darum auch kaum angängig sein, das Ergebnis von Gemeindevahlen schematisch auf die Beurteilung des tatsächlichen politischen Kräfteverhältnisses zu übertragen. Die Braunschweiger Gemeindevahlen dürfen gleichsam nur als ein Stimmungsbild betrachtet werden.“

Wenn man das vorliegende Zahlenmaterial so wertet, dann ergibt sich besonders die beachtliche Tatsache, daß die Nationalsozialisten ihren sprunghaften Aufschwung und ihren unnatürlichen Getriebensein, den man noch in den letzten Wahlen, wie in Bielefeld und Bremen beobachten konnte, in Braunschweig eingetieft haben. Darüber hinaus zeigen sogar die Wahlergebnisse aus vielen agrarischen Orten Stimmeneinbußen der Nazis bis zu 50 Prozent. Obwohl also die Nazis noch in ihrer besten politischen Konjunktur leben, zeigt ihre Bewegung bereits eine partielle Haltlosigkeit, die mit Rücksicht auf ihren politischen Erfolg seit dem 14. September 1930 als einen politischen Inflationsgewinn erscheinen läßt. Darüber hinaus zeigen die nationalsozialistische Gesamtstimmengewinn von 1851 Stimmen nicht hinwegtäuschen.

Besonders effektant dürfte sich aber bei den Wahlen in der Stadt Braunschweig gezeigt haben, daß die ganze Hilferlei nicht ein Problem der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung ist, sondern einzig und allein des deutschen Bürgertums. Der marxistische Wahlstod steht unerschütterlich da. Selbst wenn man von den weit günstigeren Zahlen des Jahres 1928 ausgeht, zählen wir: 1928: 44.503 Stimmen für die SPD, 4.224 Stimmen für die KPD, zusammen also 48.727 marxistische Stimmen.

Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 brachte unter weit ungünstigeren Voraussetzungen eine Stimmenzahl von: 41.621 für die SPD, und 5.628 für die KPD, zusammen also 47.249 marxistische Stimmen.

Am 1. März zählte die Sozialdemokratie bei den Gemeindevahlen in der Stadt Braunschweig 37.672 sozialdemokratische Stimmen und 12.236 kommunistische Stimmen, zusammen also 49.908 marxistische Stimmen.

Die Entwicklung zeigt, daß ein Einbruch des Nationalsozialismus in das Lager des Marxismus in keiner Weise festgestellt hat.

Berührend hat der Wahlausgang allerdings in den Reihen der bürgerlichen Parteien zugenommen der Nazis gewirkt. Mittelstand, Deutsche Nationalen und Volkspartei sind von 28.579 Stimmen auf 18.595 Stimmen gesunken und haben damit einen Verlust von 7984 Stimmen zu verzeichnen.

Das beachtliche dabei ist jedoch, daß von diesen nahezu 8000 Stimmen nur ein ganz geringer Teil von den Nazis aufgenommen wurde. Das Bürgertum läßt seinen eigenen Parteien davon. Es traut dagegen den Naziführern vom Hakenkreuz bereits nicht mehr. Sie wählen nicht mehr Nazi. Die Nazis haben ihre Stimmenzahl in der Stadt Braunschweig nur um 1788 gegenüber dem 14. September steigern können.“

Genosse Grote weist endlich noch darauf hin, daß auch dieser geringe Stimmenzuwachs der Nazis in Braunschweig nur darauf zurückzuführen ist, daß unmittelbar vor der Wahl die Weisungen der Volkspartei für eine politische Selbständigkeit aufgegeben und die Auffassung eigener Pläne verkündet haben und die Parole für die Nazis ausgaben. Von ihren 7984 Stimmen haben aber die Nazis nur 1700 erhalten. Folglich haben die Nazis einen eigenen Stimmenzuwachs überhaupt nicht zu verzeichnen. Und das gilt für das ganze Land. Der Erfolg beschränkt sich also darauf, daß sie an dem Rückgang der Wahlbeteiligung der Genosse Grote wohl übrigens in Bezug auf die Nazis nicht in Rechnung stellt, nicht beteiligt sind.

In üblicher Art und Weise zu den Ausführungen des Genossen Grote wohl zu sagen, daß sie bestätigen, wie wenig eine bestimmte Änderung des Wahlergebnisses am Wege ist, und daß allerdings die Zufriedenheit der Braunschweiger Genossen auch nicht begründet erscheint. Uns scheint, wir müßten endlich mal wieder anrücken lassen werden. Die Gemütskrankheit die froh ist, wenn sie nicht große Verluste oder eine schwere Niederlage erleidet, steht nicht nur einer Bewegung, die die Macht im Staat und in der Gesellschaft erobern will, nicht gerade gut an, sie scheint uns auch geeigneter, den Eifer unserer Angriffe zu lähmen.

Köln, 2. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die volksparteiliche „Kölnische Zeitung“ nimmt das Ergebnis der braunschweigischen Gemeindevahlen zum Anlaß einer Kritik an dem Verhalten der Volkspartei, die im Freistaat Braunschweig mit den Nazis auf Geheiß und Verberb verberdet ist. Das Blatt schreibt:

„Die Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalsozialisten war an sich schon ein Fehler, aber nicht einmal der schlimmste. Viel schlimmer war, daß sich das Bürgertum von Frauen und seinen Anhängern politisch und wirtschaftlich — ähnlich wie in Thüringen — majoritieren, ja tyrannisieren ließ. Es fehlt am Willen zur Selbstbehauptung. Statt dessen ließ man sich verführen; nun liegt die Lastung der Wählerlast vor. Ob man endlich daraus lernen wird? Es ist wirklich die höchste Zeit!“

Kritik an der stupiden Filmzensur

Der Etat des Innenministeriums im Reichstag — Gegen die Politik der Geise

Berlin, 2. März. (Eigener Bericht.)

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die zweite Beratung des Haushaltes des Innenministeriums in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzes gegen Waffennutzung. Nach diesem Gesetz, das in derselben Weise wie das Verbotsgesetz befristet ist, wird nicht nur das Führen von Schusswaffen, sondern auch von Hand, Stroh- und Schwefelwaffen bestraft, und zwar besonders schwer, wenn diese Waffen bei politischen Zusammenkünften mitgeführt werden.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Wir leben nicht nur in einer Wirtschaftskrise, sondern in einer Krise der Staatsgewalt und des Staatseinkommens. Es ist die Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß unser Volk nicht ruffischen und chinesischen Revolutionspartisanen preisgegeben wird. Wir brauchen eine Einheitsfront der Verantwörtungsbewussten für lange Zeit. Der moralische und im Zusammenhang damit auch der wirtschaftliche Kredit des deutschen Volkes wird in der ganzen Welt geschädigt, wenn bei uns gewalttätige Elemente die Straße beherrschen. Demgegenüber muß die Regierung die Sicherung von Ruhe und Ordnung energigehender durchzusetzen als bisher. Die Strafmaßnahmen gegen Waffennutzung müssen nicht nur in den Gesetzen stehen, sondern sie müssen auch unerschütterlich angewandt

werden. (Beifall.) Eine schnellere und strengere Abhandlung der gegen die Staatsautorität gerichteten gewalttätigen Angriffe muß verlangt werden. Wer die Freiheit mißbraucht, darf sich nicht wundern, wenn er die Freiheit verliert. Die letzten Vorwände im Parlament haben bewiesen, welcher Mißbrauch mit der Bezeichnung „nationale Opposition“ getrieben worden ist. Man ist nicht national, wenn man fluchtartig das Feld verläßt, statt position am Neuaufbau mitzuarbeiten. (Beifall.) Wer diesen Saal fluchtartig verläßt, kann nicht die Tatsache verschleiern, daß er in den schwersten und bittersten Jahren des deutschen Volkes sich abseits gestellt hat, während große Arbeitermassen den Mut aufgebracht haben, die Politik der Verantwortung mitzumachen.

Abg. Schreck-Bielefeld (Soz.):

In dieser Zeit der Not und der Zerkleinerung muß zur öffentlichen Wohlfahrtspflege die aktive persönliche Hilfe treten, aber nur, wenn eine starke Sozialdemokratie an der Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse mitwirkt, ist die Garantie dafür gegeben, daß so verfahren wird und der politische Kräfte herabgemindert wird, der jetzt im Lande sein Unwesen treibt.

Die stetige Politik Breuens ist ein Beweis dafür, daß aus der Seite des Volkes Führer emporgetrieben sind, die nicht nur den Interessen ihrer eigenen Partei Rechnung tragen, sondern im Gesamtinteresse des Staates ihre Pflicht erfüllen. Wir danken unseren Freunden, die sich um die Führung Breuens so hohe politische Verdienste erworben haben, und wir würden es durchaus begrüßen, wenn auch in der deutschen Republik diese Zeitgenossen der Führung vorhanden wäre. Wir sind überzeugt, daß unentgeltliche Haltung nur dazu beitragen kann, die vorliegenden Kräfte zu fördern, während im Gegenteil eine entscheidene Haltung ein Kraftzentrum im Innern schafft und nach außen hin das deutsche Ansehen fördert. Demgegenüber fällt die kleinliche Politik, die in den Ländern Thüringen und Braunschweig beliebt wird, ganz ab. Wenn dort Minister mit der Wahrheit auf gepumptem Fuß leben, wenn sie Polizeibeamte an der Ausübung ihres pflichtgemäßen Eintretens für die staatliche Autorität hindern, so ist all das im Gegensatz zu einer Politik, die im Interesse der deutschen Republik und des deutschen Ansehens liegt. Auch die Wahlen in Braunschweig geben eine Bestätigung dafür, daß mit der ständig wachsenden Selbstbehauptung auch die Kraft der politischen Selbstbehauptung wächst. Die Schlagskraft der Arbeiterklasse wird nicht dadurch gefördert, daß die sogenannten Kommunisten nichts anderes tun als die Arbeiterklasse einzeln zu machen, und mit einem großen Mundwerk vorzutäuschen, als ob sie etwas von Wirtschaft und Politik verständen, während sie in Wahrheit gar nichts wissen. (Sehr wahr!)

Wir erinnern daran, daß die Sozialdemokratie nicht erst in der Nachkriegszeit, sondern schon von jeher für die Sammlung der Kräfte im Reich eingetreten hat. Neben Bismarck war es der Jude Ferdinand Lassalle, der schon vor Jahrzehnten dieses Programm verfolgte hat als eines Vorbildung für die Vereinigten Staaten von Europa. Wie aber hat man aus Sozialdemokraten verstanden, weil wir an diesen großen Taten festgehalten haben. Es ist eine Bedingung zur Zusammenfassung der Volkspartei, daß kein Volksteil das Gefühl haben kann, durch die Verfassung und das Wahlrecht irgendwie zurückgefallen und unterdrückt zu sein. Gerade für die Heranziehung der Jugend zur staatsbürgerlichen Gestaltung ist das von der größten Wichtigkeit, und ohne die Jugend werden wir dieses Ziel nicht erreichen können. (Sehr wahr!) Darum sollten unsere Studenten an den höheren und Hochschulen mit der Verfassung, dem Weisen und dem Sinn der Demokratie vertraut gemacht werden. Welche das in ausreichendem Maße, dann würden sie sich nicht das Hakenkreuz zum Abzeichen wählen. Der kommunistischen Agitation ist entgegenzuhalten, daß nur der eine bessere Zukunft gestalten kann, der durch Teilnahme an den Aufgaben der Gegenwart die Kräfte dafür in sich entwickelt. Durch Förderung der großen Kulturarbeit, die die Arbeiterorganisationen leisten, muß die Selbsthilfe der werktätigen Massen ermöglicht werden. Gerade in dieser Zeit dürfen die Kulturlandschaft nicht vernichtet werden. Das freie Wort muß geschützt werden. Auch die Arbeiterjugendorganisation verdient für ihr unermüdliches kulturelles Streben Anerkennung, ebenso wie die Arbeiterparteiorganisationen und Kulturvereine der Unterbringung vollwertig sind.

Wir verlangen, daß der Rundfunk großzügig geleitet und von allem Kleinlichen Gezeu freigehalten wird. Warum soll der Deutsche nicht ertragen können, daß ihm eine andere Meinung als die seinige vorgetragen wird. Nur durch Toleranz kann der Rundfunk wirklich in den Dienst der kulturellen Volkserziehung gestellt werden. (Sehr richtig! links.) Täuschen wir uns nicht darüber, daß das Anwachsen des sogenannten Kulturbehauptungsismus auch darauf zurückzuführen ist.

daß im Bürgertum eine ungeheure Zerkleinerung herrscht

Die äußert sich zum Beispiel in der Unterwürfigkeit unter die hakenkreuzerliche Demagogie und in der unqualifizierten Kampfbewertung bürgerlicher Richtungen untereinander.

Ganz unbedenklich ist das Verbot des Trüffels vom Dritten Reich und auf das Schärfste beurteilen wir auch das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“. Wir können uns des Verdichtes nicht erwehren, daß diese Kammer der Oberprüfungs nicht ordnungsmäßig zusammengesetzt war. In Wahrheit ist das Verbot eine Verbeugung vor dem Gastterror, gegen den die Staatsgewalt sich nicht verweigert hat. Man behauptet, daß der Film das deutsche Ansehen schädige, aber wohl niemals in durch einen Film das deutsche Ansehen so geschädigt worden, wie durch dieses Verbot. (Sehr wahr!) In seiner großzügigen Anlage und seiner nackten Wahrhaftigkeit kann dieser Film nur Sympathien für die deutschen Weltkriegssoldaten im Ausland wecken. Man hat daran Anstoß genommen, daß junge Soldaten die Herzen verlieren, zu weinen anfangen und nach der Mutter rufen. Wer sich darüber entbrütet, der weiß entweder nicht, daß solche Leidensgenossen der Angst und des Schreckens auch im bürgerlichen Leben vorfinden, oder er ist ein Heuchler. (Sehr gut! links.) Der Reichsinnenminister sollte dahin wirken, daß wahrheitsgemäße Gerichtsverfahren vorgelegt werden, die zu einer Aufhebung des Verbotes föhrt; er kann das um so mehr tun, als die Zentrumsprelle von dem Verbot hart abgerückt ist. Jehntausende Deutsche, die an den Grenzen wohnen, fahren ins Ausland, um diesen Film zu sehen und lassen deutsches Geld dort. Gerade dieser Film müßte der deutschen Jugend vorgeführt werden, damit sie das fürchterliche Elend des Krieges auf diese unblutige Weise kennen lernt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Kardorff (DVP) bezeichnet es als den größten Schandfleck, wenn die Nationalsozialisten und Deutsche Nationalen ihren Auszug damit begründen, daß sie mundtot gemacht worden seien. Wir bedauern, daß durch das Erbrechtens der Zweibrüderlichkeit seit jeder Fortschritt in der Weimarer Verfassung verbannt ist. Wir wollen, daß der Reichspräsident gleichzeitig preussischer Staatspräsident wird, daß das Wahlalter herabgesetzt wird. Wir brauchen auch eine zweite Kammer, die durchaus keine reaktionäre Einrichtung zu sein braucht. Wir brauchen eine Bekämpfung der Macht des Reichspräsidenten in der Richtung, daß die Regierungsmacht stabiler wird. Beim Remarque-Film sollte ich die Gründe, die den Minister bewegen haben, gegen die öffentliche Verurteilung aufzutreten. Ein so weitgehender Verurteilungsmaßstab in unserem Volk leicht den letzten Wehrrufen zu töten.

Von den Sozialdemokraten ist eine Entschärfung eingeleitet, die verlangt, daß alle Reichs-, Staats- und Gemeinderatsbeamten, die zur Ausübung ihrer Obliegenheiten als Reichstagsmitglieder zur Verfügung stehen, zum Dienst herangezogen werden, wenn sie ihre Obliegenheiten als Abgeordnete nicht erfüllen.

Abg. Dr. Käy (Staatsp.) verlangt Aufrechterhaltung der Staatsautorität unter Hinweis auf die täglichen Versammlungen. Klagen. Als er von denen spricht, die die Partei auf den Reichstag verlassen haben, ruft ein vorlauter Kommunist: Wir geben auch bald! Andere Kommunisten fallen nach mit Juraten ein, um diesen überreifen Zusatz vergessen zu lassen. Den Remarque-Film hätte er nicht verstanden. Wenn die Geise Jenius ausüben könnte, so wäre es aus mit Deutschland als Kulturstaat.

Gegen 19 Uhr verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag.

Kleine Breslauer Nachrichten

Reichsbanner- und SPD-Arbeiter beim Kommunisten-Kongress

Wie Delegationen zu kommunistischen Tagungen zustande kommen

Seit Wochen ist in Breslau kommunistischer Zeitung der Kampf gegen den Faschismus angekündigt worden, der am Sonntag im Lunapark stattfand. Tagelang ist dabei berichtet worden, daß auch SPD- und Reichsbannerarbeiter aus einzelnen Orten delegiert worden sind. Ein zufälliges Erlebnis gibt einen Einblick, wie diese triumphierend registrierten SPD-Delegationen zustande gekommen sind.

Draußen im Westen trafen am Sonntag früh mehrere Partei- und Sportgenossen mit einem Reichsbannerkameraden an der Straßenbahnhaltestelle zusammen, und ihre Frage an ihn war, ob er auch zur Tagung des Provinzial-Sportrats ins Gewerkschaftshaus fahre. Der an seiner Mühe und den Abzeichen erkennbare Reichsbannerkamerad verneinte und erklärte, daß er aus einem Gebirgsort komme und von den Erwerbslosen seines Ortes zum Kampftag in den Lunapark delegiert worden sei. Darauf die erstaunte Gegenfrage, was ihn veranlasse, als Reichsbanner- und SPD-Mitglied an einer kommunistischen Veranstaltung teilzunehmen. Nun war das Erstaunen auf beiden des auswärtigen Genossen. Davon hatte er noch nicht ein Stübchen wörtchen gehört. Gurgelnd fragte er nach Breslau gekommen, in der Annahme, Partei und Reichsbanner hätten mit diesem Kongress etwas zu tun. Als ihn die Breslauer Genossen auf den Aufmarsch der Breslauer Arbeiterpartei gegen den Faschismus im Lunapark hinwiesen, da erklärte der SPD-Delegierte zum Kampftag, daß er selbstverständlich nun die Veranstaltung der Partei besuchen wird.

Dieses unheimliche Erlebnis zeigt, wie es gemacht wird, und es ist anzunehmen, daß die anderen SPD- und Reichsbannerarbeiter-Delegationen auch auf diesem Wege zustande gekommen sind. Damit erübrigt sich eine Kennzeichnung der italienischen Triumphberichte über das Kommen von SPD-Delegierten.

Kreuzlich-Süddeutsche Klassenlotterie. Wie uns die Lotteriekassiererin Andri, Edhaus Tauenzienplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen:

5. Klasse 26. Kreuzlich-Süddeutsche Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleich Nummer in den beiden Ziehungen I und II

19. Ziehungstag 2. März 1931
An der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 R. gezogen

4 Gewinne je 10000 R. 22448 342059
2 Gewinne je 5000 R. 55779
22 Gewinne je 3000 R. 30435 53680 68432 87756 137584 136637
261741 265516 267100 329453 342881
60 Gewinne je 2000 R. 1755 9570 17200 49623 31878 73791 100062
108187 115394 147835 152791 184049 203216 211747 212544 224728
231439 264041 270004 311589 318812 322669 337043 342885 370495
372537 374792 383781 385399 396073
120 Gewinne je 1000 R. 3814 9472 12230 15155 16009 19963 22476
44198 44802 51518 51912 56628 59036 60314 63287 83444 103112
105582 111017 137785 142482 153636 167821 186214 190496 201175
201781 207127 209023 209684 213221 217830 223523 227281 242940
251343 251683 255889 275996 285667 289325 290058 290450 294683
305829 311288 321164 322669 341493 349186 350708 356325 359120
352850 350928 370551 377144 381295 381392 382984

An der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 R. gezogen

6 Gewinne je 10000 R. 193501 249333 282522
10 Gewinne je 5000 R. 225289 297541 327805 356937 364597
20 Gewinne je 3000 R. 57135 151625 237885 248439 262181 273120
336536 370463 383561 396585
50 Gewinne je 2000 R. 1781 25882 29707 49329 84603 88357 91724
112174 115358 201886 205588 221670 229372 278185 282891 290882
294536 307125 308450 320964 324065 326586 366423 385155 391321
62 Gewinne je 1000 R. 13918 14185 26128 29221 30950 40458
42781 45234 59454 61158 66733 76854 82123 86207 123254 136735
158404 192310 198207 182157 190777 208046 238011 259415 262844
264085 285223 312558 351894 382331 397770

Kortage. Dienstag, den 3. März, und Mittwoch, den 4. März, finden um 5 Uhr im Sozialist. Frauenklub, 15, drei Vorträge statt. Die Themen lauten: Die Frau ohne Frauenleiden mit zahlreichen anatomischen Zeichnungen zur Frauenpflege (nur für Frauen und Mädchen), Genüges Geschlechtsleben, Die vollkommene Ehe mit anatomischen Zeichnungen (nur für Erwachsene) sowie Amerikanisierung, Alkoholismus, Krebs, Krampfadern, Stuhlverstopfung, Darmtumorleiden und ihre dauernde Heilung. Karten für alle Vorträge in der Sozialist. und Sozialplanenhandlung Hoppe, Zwingerplatz, Samstag und Sonntag, 15 und 16 Uhr.

Silberhochzeit feiert heute der Glasermeister Bruno Baum, Brunnstraße 26, und seine Ehefrau Anna, geborene Heiber. Er ist langjähriger Leser der „Volkswacht“. Wir gratulieren!

Silberhochzeit feiert heute Genosse Max Jonkielewski, Friedländerstraße 30, und seine Frau Anna, geb. Funke. Genosse Jonkielewski ist politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisiert und Leser der „Volkswacht“. Wir gratulieren!

Aus dem Kunstgewerbe-Museum. Die Bibliothek und der Lesesaal sind vom 2. bis 11. März einschließlich wegen Erneuerungsarbeiten geschlossen.

Neue Zoo-Lotterie. Der Oberpräsident in Breslau hat zugleich im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten in Oppeln dem Besitzer des Zoologischen Gartens zur Stärkung des Fonds zur Wiederherstellung und zum Neubau von Tierhäusern und Gehegen die Genehmigung zur Auspielung einer Lotterie in den Provinzen Nieder- und Oberhessen erteilt. Spielfondus (einschließlich Reichslostersteuer) 100.000 Mark. Gewinnbetrag 50.130 Mark. Zahl der Lose 300.000 Stück — Preis des Loses (einschließlich Reichslostersteuer) 50 Pf. Tag und Ort der Ziehung: 21. Oktober 1931 in Breslau.

Einbruch in eine Geschäfte. In der Nacht zum Sonntag wurde in eine Geschäfte in der Königsstraße eingebrochen, aus der die nadeligen Güter 6000 Zigaretten, Zigarren, Sekt und Wein im Gesamtwerte von 650 Mark entwendeten.

Einbruch. In eine Fleischereifabrik in der Höhenstraße wurde in der Nacht zum Montag mit Nachschlüssel eingebrochen. Die Diebstahlsgegenstände Fleisch- und Wurstwaren im Werte von 206 Mark als Beute mit.

Breslauer Filmzeit

Revolte

Merle-Polay

Sehr talentiert waren die Autoren des Drehbuchs „Revolte“, Land und Kärstner — nicht, als sie die Revolle „Revolte“ von Arnold Hill in ein Tonfilmmanuskript umwandelten. Nebeneinandergerichte Dialoge, so wirkungslos sie im einzelnen sein mögen, können die psychologischen Hintergründe der Handlung nicht aufheben. Ohne diese Anfertigung aber zerfällt der Film in Absichtlose — mit ihr wäre der Rahmen und die narrative Einfügung gegeben gewesen. So ist der Zuschauer auf die Beobachtung des rein Kinnigen angewiesen, wenn er im Wort allein nicht mehr die inneren Beziehungen erblickt. Einzig und allein retten die Wirkung des Films die Leistungen der Darsteller. Ein Reiz blieb trotz alledem: Die Haltung des betrügerischen Generaldirektors, den Erich Stahl-Nachbauer sehr gemalt — zeitweilig mit ironischer Kraftbetonung spielte, blieb in ihrer Gleichgültigkeit dem Zuschauer gegenüber unverständlich — die schwindende Stellung der Spieler zu dem Mitwirkenden, der sich eigentlich als Sohn des belährten Paters eine Krone in den Kopf hätte ziehen müssen, um den Ehrgeiz der Oberprima Genüge zu tun, ertränkte im zweiten Teil unmotiviert, das Verhalten der Stiefmutter in den an und für sich nur skizzenhaft angedeuteten Situationen trotz der Dagoberts Bemühungen um Beilegung der Rolle konträrter und unverständlich. Kollapso von Göttern spielte den Sohn mit Leidenschaft, Scham und Rindheit, so eindringlich, daß man ihn verstand. Sein Gegenüber, der Oberprima, der auf die angeordnete bürgerliche Weltanschauung keines Paters mit Selbstmord antwortet und so zum Helden der Klasse wird, war von Erich Kärstner gezeichnet, zu sehr schamhafte Charakteristik — mehr durch Schuld des Manuskripts, die einer intensiveren Inszenierung dieser Gestalt keinen Raum bot. Kalligene Hilger als Klassenbewußt in der unruhigen Schwäche seiner moralischen Einstellung zum Klassenbewußt ausgeglichen: die Klassenbewußt nicht. Aus dem Leiter hatte Beobachter Loos eine große Leistung machen können, wenn er nicht an die Verleumdung der Inszenierten Lebensverhältnisse gebunden gewesen wäre, die dieser Gefühl hat Atemzettel in den Mund gelegt werden. Trotz all dieser Mängel war die Wirkung groß. Aber schließlich ist es nicht Aufgabe der Darsteller, die nicht durch, sondern gegen das Manuskript durchzugehen und nicht Aufgabe des Manuskripts, Hauptspielertüchtige Möglichkeiten zu hemmen und zu unterbinden.

Batterien

Table with 3 columns: Brand, Capacity, Price. Includes brands like Sanyo, Eveready, and others.

Ausdruck für Arbeiterwohlfahrt Ortsausschuß Breslau

Abteilung Erziehungsberatung
Da am Donnerstag die Räume in unserem Büro...

Sexualberatung
jeht Hurlstraße 4, Hof, II Treppen
Sprechstunden: Dienstag und Donnerstag von 7 1/2 bis 9 Uhr abends.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau C. V.
8. Männer- und 6. Frauen-Abteilung, 4. März eine gemeinsame Monatsversammlung bei Kirch, Stein...

Arbeiter-Kulturvereine
Freie Menichen. Heut abend, Gewerkschule, Garten...

Table showing results for Arbeiter-Sportverein Breslau. Columns: Abteilung, Spiele, Punkte, Rangfolge.

Breslauer Produktenbörse vom 2. März

Amliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 2. März...

Table with 3 columns: Commodity, Price, Quantity. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste.

Table with 3 columns: Commodity, Price, Quantity. Includes items like Weizenmehl, Roggenmehl.

Samilien-Anzeigen

An 1. März verstarb nach schwerem Leiden unser lieber Vater, Großvater, Schwager, Bruder, Schwager und Onkel, der **Sozialarbeiter Josef Scholz** im ehrenvollen Alter von 77 Jahren.

An 1. März verstarb nach schwerem Leiden unser lieber Vater, Großvater, Schwager, Bruder, Schwager und Onkel, der **Sozialarbeiter Adolf Tettenborn** im Alter von 62 Jahren 9 Monaten.

An 1. März verstarb nach längerem Leiden unser lieber Vater, Großvater, Schwager, Bruder, Schwager und Onkel, der **Sozialarbeiter Adolf Tettenborn** im Alter von 62 Jahren 9 Monaten.

An 1. März verstarb nach längerem Leiden unser lieber Vater, Großvater, Schwager, Bruder, Schwager und Onkel, der **Sozialarbeiter Adolf Tettenborn** im Alter von 62 Jahren 9 Monaten.

Deutscher Bauergewerksbund
Am 1. März verstarb unser langjähriger Mitglied, der **Kassabereiter Adolf Tettenborn** im Alter von 62 Jahren.

An 1. März verstarb nach längerem Leiden unser lieber Eltern-Verwandter **Karl Steinacker** im 71. Lebensjahre.

Zurückgekehrt
Dr. Arthur Pincsohn
Frauenarzt
Neubrückstraße 33 Telefon 57123

Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn
Robert Owen
Pforte 20 Platanen
Buchhandlungen Volkswacht, Breslau.

Wir brauchen Arbeit!
Bei uns erfährt jeder Auftrag, selbst der kleinste, eine individuelle Behandlung...
Volkswacht-Buchdruckerei
Bredow 2, Hindelstraße 4-6 o Fernsprecher: 21737 und 21739

Massenentlassungen im Kohlenbezirk von Polnisch-Oberschlesien

Im Kohlenbezirk von Polnisch-Oberschlesien stehen neue Arbeiterentlassungen bevor. Zahlreiche große Gruben, darunter der Donnerward-Konzern, haben umfangreiche Entlassungen beantragt.

Die Beamten wehren sich

Die Ortsstelle des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Reichsbundes der höheren Beamten haben am 25. Februar 1931 in einer gemeinsamen Sitzung die Gegenwartsfragen der Beamtenschaft eingehend behandelt.

ADB-Kursus in Sobten

vom 8. bis 21. Februar 1931 Bericht eines Kursteilnehmers

Ein Höhepunkt in der stets verdichteten Arbeit des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bildete der wissenschaftliche Bildungs-Kursus in Sobten. Ausgehend von der klaren Erkenntnis, daß es in dieser schweren Zeit wirtschaftlicher und politischer Krisen von fundamentaler Bedeutung seinen Stamm durchgebildeter Funktionäre zur Unterstützung der Arbeit der Spitzenverbände im Lande zu haben, berief der ADB 25 freigewerkschaftliche Beamte aus allen Teilen Schlesiens nach Sobten.

Niederländische Gewerkschaften

Kämpfen für Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung. In den Niederlanden haben die Gewerkschaftsfaktionen mit Unterstützung der sozialdemokratischen Gemeindefraktionen überall im Lande den Kampf um Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung aufgenommen.

Lohnsenkungen in Oesterreich

Die im Stahlwerksverband zusammengeschlossenen Unternehmungen, darunter die bedeutendsten Industrien Oesterreichs, haben ihren Arbeitern mitgeteilt, daß die Effektlöhne infolge der wirtschaftlichen Lage um 12 bis 45 Prozent gekürzt werden sollen.

Weiteres Steigen der Wohlfahrts-erwerblosen Zahl

Die Zahl der in den Landkreisen unterstützten Wohlfahrts-erwerblosen hat im Januar 1931 weiter zugenommen. In den deutschen Landkreisen wurden am 31. Januar 1931 325.000 laufende unterstützte Wohlfahrts-erwerblose festgestellt.

Schiedsprüche für die Gemeindefabrikanten von Bremen und Ostpreußen

Für die Gemeindefabrikanten der Bezirke Bremen und Ostpreußen wurden von den Bezirksarbeitsstellen Lohn-schiedsprüche gefällt. Für den Bremer Bezirk ist ein Abbau um 4 Prozent ab 1. März und ein weiterer um 2 Prozent ab 1. April vorgesehen.

Arbeitsrechtliche Rundschau

Die Wahlen zur Betriebsverwaltung haben vor der Zeit. Daher seien die einschlägigen Vorschriften kurz erörtert.

In allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, von denen wenigstens 3 wählbar sind, ist ein Betriebsrat zu errichten.

Betriebe mit weniger als 20, aber mindestens 3 wahlberechtigten Arbeitnehmern, von denen wenigstens 3 wählbar sind, erhalten einen Betriebsratmann. Sämtliche Betriebsratmitglieder sind Angehörte der Betriebsverwaltung.

Wahlberechtigt sind alle mindestens 16 Jahre alten Arbeitnehmer, die im Betriebe der bürgerlichen Ehrenrechte I. Klasse sind und die Wahlberechtigten, wenn sie mindestens 24 Jahre alt, reichsunfähig sind, nicht mehr in der Betriebsverwaltung sind, am Wahltag mindestens 6 Monate dem Betrieb und 1 Jahr ihrem Betriebsbezirk angehören.

Die Vorbereitung der Wahl erfolgt durch Bestellung eines Wahlvorstandes durch den letzten Betriebsrat. Kann der Betriebsrat den Wahlvorstand nicht bestellen oder versagt er es, so hat der Arbeitgeber die 3 ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmer als Wahlvorstand einzusetzen.

Die Wahl ist eine öffentliche Angelegenheit. Die Wahl ist ein öffentliches Recht. Die Wahl ist ein öffentliches Recht. Die Wahl ist ein öffentliches Recht.

Jahreskonferenz des Bezirksausschusses Schlesia des ADB

am Sonntag, den 8. März 1931, vormittags 10 Uhr, findet im Zimmer 12 14 des Gewerkschaftshauses, Breslau, Margaretenstraße 17, statt.

- Tagesordnung: 1. Eröffnung der Konferenz durch den Vorsitzenden. 2. Bericht des Kollegen Dr. v. Grumbkow-Breslau: Der Beamte im Volksstaat. 3. Bericht des Kollegen Ranke vom Landesvorstand des ADB: Die beamtenpolitischen Fragen der Gegenwart.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Bezirksausschuss Schlesia

Achtung! Achtung! Freigewerkschaftliche Betriebsräte heute pünktlich um 19 Uhr im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses: 6. Schulungsabend der Gruppe „B“

Nachdem der 1. Bundesvorsthende Kollege Falkenberg-Berlin am 1. Tage der Teilnehmer begrüßt, und einige Erläuterungen zum Programm gegeben hatte, begann die Bildungsarbeit mit der Vorlesung: Die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft von Chefredakteur v. Arnold-Breslau.

Der Leitgedanke der 2. Woche hieß: Staat und Volk. Am 1. Tage las Kollege Ruffert-Breslau über: Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Das Thema „Schule und Staat als soziale und staatspolitische Frage“ (gelesen von Vizepräsident Wagner-Breslau), schloß sich sinnergemäß an.

Die Sonder- und Abendveranstaltungen waren jeweils durch den Kursleiter, hzw. Hötzert, bekanntgegeben worden. Die Konjunkturbewegung hatte den Kollegen Baumann entfallen. In einen informativsten Vortrag über die Bewegung hielt und anschließend den Film: „In der Fleischfabrik der GEG“ zeigte.

Nach einmal vereinigte ein gemeinsames Mittagessen die Kollegen, dann nahm man Abschied. Auf den fröhlichen und zufriedenen Gesichtern las jeder das auch oft laut ausgesprochene Gelübde: „Wir wollen weiter kämpfen und werden für unsere S. D. P.“

Durch Spruch des Trierer Schlichtungsausschusses wurde die Angestelltengehälter im Einzelhandel von Trier ab 1. März um 6 Prozent gekürzt mit Ausnahme der drei untersten Klassen bei denen die Herabsetzung 3 Prozent beträgt.

409,08 Millionen Jahresumsatz bei Karstadt

Der Karstadtkonzern gibt seinen Umsatz für die verfloßene Jahr mit 409,08 Millionen Mark an gegenüber 403,2 Millionen Mark im Jahre 1929. Von dem Umsatz dürfte rund 25 Prozent auf die Einheitspreisläden entfallen. Seit Karstadtkonzern muß man annehmen, daß der Umsatz durch Konzentrationen u. a. durch das Warenhaus in Berlin-Neutempelhof gesteigert wurde.

Einmalige Differenz kann sich der Arbeitgeber nicht dazu berufen, daß er dem Arbeitnehmer eine Reihe von Sozialleistungen, wie Arbeitsvergütungen, Weihnachtsgratifikationen usw. gemacht habe. (RAG v. 7. 1. 31 343/30.)

Ob Werkstattdirektor Angestellter ist, ist Frage des Einzelfalles. (RAG v. 7. 1. 31 449/30.)

Die mit Betriebsbeschränkungen verbundene Freistellung von Arbeitsplätzen am Arbeitstag ist die Arbeitszahl einer Textilfabrik ist nicht als Stilllegung von Betriebsanlagen anzusehen. (RAG v. 10. 1. 31 311/30.)

Im Baugewerbe ist beim Auslegen wegen Witterungseinfluss keine Leistungsvergütung zu zahlen. (RAG v. 10. 1. 31 404/30.)

Eine gültige Betriebsvereinbarung über Kurzarbeit die im TB als zulässig vorgezeichnet ist, bindet auch die Schwerkbehinderten. (RAG v. 17. 1. 31 359/30.)

Auch wenn im TB Urlaubswegfall bei Krankheit Entlassung vorgezogen ist, kann von einem Wegfall doch nicht die Rede sein, wenn die frühere Entlassung infolge einer ärztlichen Krankheit erfolgt. (RAG v. 17. 1. 31 340/30.)

Selbst wenn die Befugnis des Betriebsrats auf Anhörung bei Betriebsveränderungen sich auf die Betriebsänderung beschränkt, so kann die Unterlassung der Anhörung doch keine rechtliche Folgen haben und nicht die vom Arbeitgeber vorgenommene Witterungseinfluss anwirksam machen. (RAG v. 21. 1. 31 325/30.)

Wenn die Zustimmung zur Kündigung durch Betriebsratsmitglied vor der Betriebsveränderung nicht erfolgt ist, so liegt die Kündigungsfrist mit ihrer Wirkung erst am Ende der Betriebsänderung festgelegt wurde. (RAG v. 21. 1. 31 375/30.)

Nach dem Reichsrentenverdienstgesetz ist neben tariflicher Beitragsverpflichtung die Zahlung eines Beitrages an den Arbeitslosenversicherungsfonds (RAG v. 24. 1. 31 137/30.)

Die räumliche Handverweisung in Berlin ist betrieblich ratspflichtig. (RAG v. 24. 1. 31 323/30.)

Das Landesgesetz ist aufgehoben. (RAG v. 21. 1. 31 404/30.)

Die Betriebsbeschränkung bei Verlegung des Betriebes an einen anderen Ort vorliegt, wird davon abhängen, ob den Arbeitnehmern die Fortlegung des Betriebes an dem anderen Orte ohne weiteres zugemutet werden kann. (RAG v. 31. 1. 31 418/30.)

Breslauer Nachrichten Die Reichstagsabgeordneten der Nationalsozialisten

Gestern durch folgendes Schreiben unserer Parteileitung zur Diskussion mit Genossen Löbe aufgefordert. Breslau, den 2. März 1931.

An die Gauleitung Schlesien der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Breslau, Herzogstraße 4. Der Führer der Sozialdemokratischen Partei, ihr Spitzenkandidat im Breslauer Wahlkreis, der Reichstagspräsident Dr. Brüning.

Dienstag, dem 10. März, 20 Uhr, im großen Saale des Schießwerbers in Breslau. Die Rede wird die Doppelzüngigkeit der Nationalsozialisten aufdecken; sie wird beweisen, daß die sogenannte Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei weder national noch sozialistisch ist. Sie ist nicht deutsch und hat nie mit den Interessen der deutschen Arbeiter nichts zu tun. Die Rede wird auch klar machen, daß die Nationalsozialisten nur eine vom Schwerekapital geschaffte Garde für den Schutze der Interessen der Schwerkapitalisten sind, daß ihre Organisation nur dazu dient, die Arbeiterklasse zu zerschlagen und jede Freiheitsrichtung im deutschen Volksbewusstsein zu vernichten. Reichstagspräsident Brüning wird weiter dargestellt, daß die Nationalsozialistische Partei seit dem 14. nichts ist als ein Bündnis von lügnerei, Frechheit und Heuchelei.

Wir laden insbesondere ihre Reichstagsabgeordneten Bräuer, Frank II und Janke ein, an der Versammlung teilzunehmen. Wir sind bereit, zwei Rednern der Nationalsozialistischen Partei je eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren. Wir bitten die Reichstagsabgeordneten, ihre persönliche Unversehrtheit zu garantieren. Wir laden Sie also ein, unter diesen Zusicherungen an der Versammlung teilzunehmen. Sollten Sie dieser Einladung nicht folgen, so sei heute schon festgestellt, daß die Handlungen der Nationalsozialisten unanständig sind und, daß ihre Versammlungspredigten nichts Tugendhaftes enthalten.

Mit der Ihnen gebührenden Hochachtung Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Ortsverein Groß-Breslau

Knappik und Gardine Das große Volksfest der Volkshöhne

Um es gleich vorwegzunehmen, das unter dieser Standardbezeichnung arrangierte Kostümfest der Breslauer Volkshöhne war nicht nur das beliebteste Fest in diesem Winter, sondern auch das einzige, das man als Volksfest bezeichnen kann. Weil eben hier nicht ein durch Einladungen aufgerufenes Fest, sondern eine Gemeinde zusammenkam, die Jahre hindurch in der Organisation bereits erfaßt wird. So braucht nicht erst eine Vorstudie und Durchführung genommen werden, man war da „mitgenommen“, noch ehe man nach halbständigen Worten der mehr zugehörig sein wollte, in anderer Befassung wiederarbeitete alles bunt durcheinander, wie es ja dem Zweck eines Festes entsprechen soll. (Dies, um etwaige noch nicht durchgeführte Freundschaften und Bündnisse leichter zusammenbringen.)

Auf der Tanzfläche herrschte diesmal im Mellehofe weitestgehend Demokratie. Sie war der Tummelplatz für Jedermann und eleganten gekleideten Tango herdertragender Tanzpaare zum kombinierten Volkstanz-Tanzorchester der aus den Gassen der Jugendbewegung, schon sich unermüdlich ein buntes Bild über das weisse Parkett, wozu die Jazz-Sinfoniker des Philharmonische Blasorchester unter der Leitung von Franz Marsjallek und Walter Senferr ihre Tanzweisen am laufenden Band fortwährend überredeten.

Die Volkshöhne-Leitung hatte schon um auch hier nicht die vollen Aufgaben ihrer Organisation ganz zu vergessen, jedem Besucher ein Festprogramm in die Hand gedrückt, nach dem man sich orientieren als Kompass auf die hier reichlich geborenen Tänze noch allerhand zu hören und zu sehen bekommen sollte. Unter dem Scheinwerferlicht, soll da irgendwo die Kunst der Welt werden sein und anderswo sollten ausnahmsweise auch Paare auf einmal getanst haben. Genau ließ sich das nicht feststellen und all diejenigen, die sich so recht erst über dem Tanzgemüsel glaubten und erzählten, wie leicht Kunges Verze und wie schmügg Sattlers Musik „da“ im Kabarett gemeldet sind, trau ich auch nicht recht. Sollen, daß solche Zeremonien auf diesem Fest tatsächlich sind und verlangt worden sind, müßte allerdings die „Volkshöhne“ zu einer „Erklärung“ in ihren Blättern veranlaßt werden.

Das gehyarte Eintrittsgeld oder die Frage, wie man billiger wegstkommt Auf einem dreifachen Einfall kamen gestern Abend ein Schüler und ein Arbeiter, die sich ein billiges Vergnügen verschaffen wollten und so teuer abschneiden, daß sie auf diese Art der Eintrittskarte nicht mehr bezahlen werden. Die beiden wollten Vergnügen total in der Gartenstraße anschauen, wollten aber, um so zu sagen „pfeifen“, das Eintrittsgeld „schinden“. Sie wurden also in den Hof, sagen doch ihre Mäntel aus, fesseln sie dort auf dem Hof herumkehrenden Riffen, um es an der Hand einzubringen, als ob sie schon in den Lokalitäten wären und nur einmal herausgegangen seien. Ihre Partnerinnen waren natürlich auch gekommen, aber als sie nach Hause wollten und ihre Garderobe aus der Rille im Hof holen wollten, da mußten sie die Erfahrung machen, daß sie irgendwo stehen haben muß, der ihnen während des Vergnügens die Hand hatte.

Ein Steckbrief der Gesundheit ist der vom Reichsbund für hygienische Volksbelehrung propagierte Gesundheitspaß

Der „Reichsbund für hygienische Volksbelehrung“, der zum allergrößten Teile vom Reich finanziert wird, hat den Gedanken der Einführung eines „Gesundheitspasses“ in Deutschland mit großem Tam-Tam und Trara propagiert.

Der „Reichsbund für hygienische Volksbelehrung“, der zum allergrößten Teile vom Reich finanziert wird, hat den Gedanken der Einführung eines „Gesundheitspasses“ in Deutschland mit großem Tam-Tam und Trara propagiert. An sich könnte ein solcher „Gesundheitspaß“ seine Vorteile haben. Er soll nicht nur beim Kinde, sondern auch bei Erwachsenen alle gesundheitlichen Beobachtungen und Eintragungen von ärztlicher Seite vereinigen und die Mütter bzw. die Erwachsenen veranlassen, ihren und ihrer Kinder Gesundheitszustand zu beobachten und auf diese Weise Krankheiten rechtzeitig vorzubeugen. Auch dem Arzt könnte so die Möglichkeit gegeben werden, sich durch einen Blick in den Gesundheitspaß des Kranken über dessen Konstitution, vorherige Krankheiten und überhaupt gesundheitliche Entwicklung zu informieren, ohne sich erst auf die manchmal lästigen Angaben des Kranken verlassen zu müssen. Inoffiziell und verdeckt ist bereits mancherorts, speziell bei Schulkindern, ein solcher Gesundheitspaß eingeführt worden. Die wenigen sozialhygienischen Vorteile, die ohne weiteres zuzugeben sind, werden aber weitans in den Schatten gestellt durch die Nachteile und gefährlichen Konsequenzen, die sich aus einer allgemeinen, auch freiwilligen, und nicht amtlichen Einführung eines solchen Passes für breite Kreise des arbeitenden Volkes ergeben müssen, und es ist bedauerlich, daß man es nicht für nötig gehalten hat, bevor man mit der Propaganda für den Gesundheitspaß einsetzte, sich mit den Gewerkschaften und den Versicherungsorganisationen in Verbindung zu setzen, und diese zu befragen, wie sie zu einer solchen Neuerung, die von entscheidender sozialer Bedeutung sein muß, sich stellen. Warum? Auch die freiwillige Einführung eines Gesundheitspasses ist ein Steckbrief der Gesundheit. Er ist geeignet, sich im Kampf um den Arbeitsplatz als eine ausschlaggebende soziale Erschwerung und Belastung des arbeitenden Menschen auszuwirken. Es ist psychologisch verständlich, daß jeder Arbeitssuchende das Bestreben hat, den Konkurrenz im Existenzkampf durch egoistische Mittel auszuschalten. Was liegt nun näher, als daß derjenige, der über einen solchen „freiwilligen“ Gesundheitspaß verfügt, ihn dem Arbeitgeber als überzeugendes dokumentarisches Argument für seine Arbeitsqualität vorlegen wird? Und was liegt ferner näher, als daß der Arbeitgeber, sobald ihm die Einrichtung eines freiwilligen oder unfreiwilligen amtlichen oder nichtamtlichen Gesundheitspasses bekannt wird, bei dem Heberangebot an Arbeitskräfte, die Auswahl der Arbeitsuchenden nach dem Gesundheitspaß vornehmen wird, ja, daß er die Vorlage eines solchen Gesundheitspasses fordert und jeden, der ihn nicht besitzt, von der Arbeit ausschließen wird? Was auch im Sinne der Aktion des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung“ der Gesundheitspaß nur zur Einsicht des Inhabers und des Arztes, aber keines Dritten bestimmt sein, so kann niemand einen Menschen, der im Existenzkampf steht, daran hindern, diesen Gesundheitspaß wirtschaftlich zu seinem Vorteil zu verwenden, und niemand kann den Arbeitgeber verhindern, diesen „freiwilligen“ Gesundheitspaß als entscheidendes Moment für die Aufnahme oder Weiterbeschäftigung eines Arbeiters oder Angestellten zu betrachten. Auf diese Weise wird in den heute bereits verweigert geführten Kampf um die Arbeit ein neues erbitterndes und Unheil stiftendes Moment hineingetragen werden. Kann es der Reichsausschuss für hygienische Volksbelehrung als seine Aufgabe betrachten, eine derartige unsoziale Maßnahme zu propagieren oder zu verantworten?

Was er erzielen wird und muß, ist genau das Gegenteil dessen, was er beabsichtigt; auf der einen Seite wird der Arbeitgeber die Beschäftigung eines Arbeiters oder Angestellten von der Vorlage eines Gesundheitspasses abhängig machen, und so wird der „freiwillige“ Gesundheitspaß zu einem unfreiwilligen, zu einem erzwungenen werden! Auf der anderen Seite werden arbeitende Menschen genötigt sein, vor dem Arzt ihre Leiden zu verheimlichen, um eine ungünstige Eintragung in den Gesundheitspaß zu vermeiden. Schon heute sehen wir, daß Tausende frange Arbeiter und Angestellte ungeachtet ihres Leidens und der gesundheitlichen Gefahren, die sich aus der Rückbehandlung der selben ergeben, weiterarbeiten, um nicht ihren Arbeitsplatz zu verlieren! Dieser, jeder Sozialhygiene Hohn sprechende Zustand wird sich vervielfältigen, wenn frange oder leidende Arbeiter oder Angestellte ihr Leiden oder ihre überstandenen Krankheiten dokumentarisch festzulegen gezwungen sind. Sie werden einfach den „Ausweg wählen, den Arzt überhaupt nicht aufzusuchen, oder ihn über ihren Gesundheitszustand absichtlich täuschen, um im Kampf um den Arbeitsplatz konkurrenzfähig zu bleiben. Das wird der traurige Effekt des Planes des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung“ sein. Es ist deshalb kein Wunder, daß sich Gewerkschaften und Versicherungsträger in der schärfsten Weise gegen diesen „Gesundheitspaß“ wenden, der in sozialer und sozialhygienischer Hinsicht mehr Schaden anrichten dürfte, als sich seine Propagatoren in ihrer Gedankenlosigkeit träumen lassen. Auch rein medizinische Gründe sprechen dagegen. Wir stimmen diesmal vollkommen mit dem „Deutschen Ärzteverein“ überein, der nach Zeitungsmeldungen in einer Aussprache in seinem Geschäftsausschuß auf die Gefahren hinwies, die durch eine übertriebene Selbstbeobachtung und schriftliche Fixierung unerwünschte Wirkungen in bezug auf Hypochondrie, Krankheitsangst und Krankheitszuchtigung auslösen können. Der Plan des „Arbeitsausschusses für hygienische Volksbelehrung“ ist somit zu seinem überwiegenden Teil nicht allein volksgesundheitlich bedenklich und muß diesbezüglich zu schweren Einwänden Anlaß geben, er ist in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung aber eine kluge außerordentliche Bedrohung des Wohles des arbeitenden Volkes, er gibt dem Arbeitgeber eine neue Waffe in die Hand zur willkürlichen Ausbeute bei der Arbeitsverteilung, er erzwängt oder macht gar dem Arbeitssuchenden, der einen ungünstigen Gesundheitspaß besitzt, die wirtschaftliche Existenz unmöglich und gibt ihm der Not preis, er bedroht schließlich den sozialen Frieden innerhalb der Arbeiterklasse und ist deshalb unannehmbar, ja verwerflich!

Ein Jahr Arbeiter-Wohlfahrt Generalversammlung des Ausschusses für Arbeiter-Wohlfahrt, Ortsausschuß Breslau

Der Ortsausschuß hielt Mitte Februar im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung ab, die gut besucht war. Der von der Vorsitzenden Genossin Lüdemann gegebene Geschäftsbericht zeigte die umfangreiche, alle Kräfte anspannende Tätigkeit. Wählenden Aufgaben standen die Schwierigkeiten ausreichender Mittelbeschaffung gegenüber. Die von den Behörden zur Durchführung unserer Aufgaben zur Verfügung stehenden Mittel waren nicht ausreichend. Eine durchgeführte Hausammlung brachte einen größeren Betrag, der es uns ermöglichte, unseren Aufgaben gerecht zu werden, und durch rege Werbung von Mitarbeitern und deren Hilfe neue Aufgabengebiete zu erschließen.

genommen. Die Zahl der Besucher stieg von 1300 auf 2000. Schriftliche Anträge wurden 210 angefertigt. Das Kinderheim Zimpel machte uns wegen der schlechten Finanzlage anfangs Schwierigkeiten, die aber durch die durchgeführte Hausammlung beseitigt wurden. Es wurden in vier Serien 30 Knaben und Mädchen untergebracht. Die gesamte Arbeit wird sehr ehrenamtlich erledigt und ist in den Ergebnissen so ermutigend, daß man in Ruhe in das neue Jahr hineingehen kann. Der vom Genossen Herrmann gegebene Geschäftsbericht zeigte, wenn auch keine glänzende, so doch eine gute Lage unserer Finanzen.

Die Ende des Jahres 1929 aufgegebene Gruppe zur Fürsorge für gefährdete werbliche Jugendliche arbeitete mit einer zweiten, im Januar 1930 neu geschaffenen Gruppe, die durch Vermittlung der Zentrale für Jugendfürsorge Schulaufsichten und Vormundschäften übernimmt sowie notwendige Ermittlungen anstellt. Am 1. April vorigen Jahres übernahm der Ortsausschuß das der Montessori-Gesellschaft gehörende Volkskinderhaus in der Andersenstraße. In ihm werden durchschnittlich 38 Kinder nach der Montessori-Methode beschäftigt und erzogen. Die geistige Entwicklung der Kinder ist eine gute. Da die ärztliche Beaufsichtigung durch das Jugendamt nicht ausreicht, wird diese durch eine parteigenössliche Ärztin ergänzt. Der Kindergarten hat auch durch die starke wirtschaftliche Not zu leiden. Wir waren gezwungen, Freizeiten und ermäßigte Gebühren einzuführen.

In der Aussprache wurden die verschiedensten Anregungen gegeben, die im Laufe des neuen Geschäftsjahres berücksichtigt werden sollen. Der alte Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt, dazu tritt Gen. Rauch als Vertreter der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Der Vorstand setzt sich jetzt zusammen: Vorsitzende: Gen. Lüdemann und Gen. Vogel, stellvertretender Vorsitzende: Gen. Neißer, Schriftführer: Gen. Ros, 2. Schriftführer: Gen. Firt, Kassierer: Gen. Herrmann, Beisitzer: Gen. Rauch als Vertreter der Stadtverordnetenfraktion, Gen. Sacher, Gen. König als Vertreter des Parteivorstandes, Gen. Rohdeutscher als Vertreter der Obleute, Gen. Spahn, Gen. Kunert, Gen. Sittner.

Die am 15. November 1930 eröffnete Erziehungsberatungsstelle und deren Notwendigkeit für unsere proletarischen Eltern wurde ausdrücklich hingewiesen. Trotz der kurzen Zeit des Bestehens ist die Beratungsstelle jetzt in Anspruch genommen worden. Die Zustunfte erfolgen kostenlos. Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet ist die am 1. Dezember vorigen Jahres neu geschaffene Gruppe für Hauspflege. Auf Anregung verschiedener Parteigenossen und Arbeiteramateurs wurde diese Gruppe ins Leben gerufen. Sehr langwierige Verhandlungen mit den Ortskrankenassen und den Behörden waren notwendig, um die Vorbedingungen zu schaffen. Die Hauspflegegruppe, die erst am 1. Dezember vorigen Jahres in Tätigkeit getreten ist, hat die besten Aussichten für ihre weitere Entwicklung.

Die am 15. Dezember vorigen Jahres beschlossene Gründung der Einrichtung einer Kaffeeküche der Arbeiterwohlfahrt und deren sehr guter Zuspruch wurde gleichfalls mitgeteilt. Es mußten mit Rücksicht auf die große Teilnehmerzahl 4 Räume eingerichtet werden. Die bereits seit Jahren bestehenden Gruppen „Allgemeine Wohlfahrt“, Beratungsstelle und das Kinderheim Zimpel haben sich im Jahre 1930 ganz bedeutend entwickelt. Die Gruppe der in der städtischen Wohlfahrts- und Jugendpflege tätigen Mitarbeiter kommt in ihren Abteilungen zu Schulungsanlässen und Austausch ihrer Erfahrungen in ihren Tätigkeitsbereichen zusammen. Im verflochtenen Kalenderjahre fanden 14 Schulungsvorlesungen und 6 Sitzungen der Gruppenleitungen statt. Die Gruppenleiter hatten ferner die Vorschläge für die Auswahl der Kinder für Zimpel, sowie diejenigen für 120 Kinder für Vorzugsmilch. 50 Familien erhielten Gesamtscheine für Kleinkleider. Ferner sind an 115 Familien vor Weihnachten 20 Jantner Kartoffeln und an 65 Familien Lebensmittelgutscheine im Werte von 5 Mark ausgegeben. Auf den ein-gerichteten Freizeiten für Kinder Erwerbsloser wurde auch erkannt gemacht und um Raumvermehrung von Gönnern gebeten.

Die von der Gen. Sittner geleitete Beratungsstelle hat im letzten Kalenderjahre an Umfang erheblich zugenommen. Die Zahl der Besucher stieg von 1300 auf 2000. Schriftliche Anträge wurden 210 angefertigt. Das Kinderheim Zimpel machte uns wegen der schlechten Finanzlage anfangs Schwierigkeiten, die aber durch die durchgeführte Hausammlung beseitigt wurden. Es wurden in vier Serien 30 Knaben und Mädchen untergebracht. Die gesamte Arbeit wird sehr ehrenamtlich erledigt und ist in den Ergebnissen so ermutigend, daß man in Ruhe in das neue Jahr hineingehen kann. Der vom Genossen Herrmann gegebene Geschäftsbericht zeigte, wenn auch keine glänzende, so doch eine gute Lage unserer Finanzen.

In der Aussprache wurden die verschiedensten Anregungen gegeben, die im Laufe des neuen Geschäftsjahres berücksichtigt werden sollen. Der alte Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt, dazu tritt Gen. Rauch als Vertreter der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Der Vorstand setzt sich jetzt zusammen: Vorsitzende: Gen. Lüdemann und Gen. Vogel, stellvertretender Vorsitzende: Gen. Neißer, Schriftführer: Gen. Ros, 2. Schriftführer: Gen. Firt, Kassierer: Gen. Herrmann, Beisitzer: Gen. Rauch als Vertreter der Stadtverordnetenfraktion, Gen. Sacher, Gen. König als Vertreter des Parteivorstandes, Gen. Rohdeutscher als Vertreter der Obleute, Gen. Spahn, Gen. Kunert, Gen. Sittner.

Das gehyarte Eintrittsgeld oder die Frage, wie man billiger wegstkommt Auf einem dreifachen Einfall kamen gestern Abend ein Schüler und ein Arbeiter, die sich ein billiges Vergnügen verschaffen wollten und so teuer abschneiden, daß sie auf diese Art der Eintrittskarte nicht mehr bezahlen werden. Die beiden wollten Vergnügen total in der Gartenstraße anschauen, wollten aber, um so zu sagen „pfeifen“, das Eintrittsgeld „schinden“. Sie wurden also in den Hof, sagen doch ihre Mäntel aus, fesseln sie dort auf dem Hof herumkehrenden Riffen, um es an der Hand einzubringen, als ob sie schon in den Lokalitäten wären und nur einmal herausgegangen seien. Ihre Partnerinnen waren natürlich auch gekommen, aber als sie nach Hause wollten und ihre Garderobe aus der Rille im Hof holen wollten, da mußten sie die Erfahrung machen, daß sie irgendwo stehen haben muß, der ihnen während des Vergnügens die Hand hatte.

Die mannigfachen, mit der Hauswirtschaft verbundenen Tätigkeiten führen mehr und mehr dazu, die Hauswirtschaft als Beruf anzuerkennen. Ähnlich wie auf dem Gebiete der Industrialisierung haben sich die Lebens- und Gemachsgewohnheiten immer mehr verändert, so daß die Hauswirtschaft sich zum Teil schon weit über den Beruf hinaus in das künstlerische entwickelt hat. Das gilt ganz besonders im Hinblick auf die Ernährung. Die Einseitigkeit der Betätigung der meisten Menschen in der heutigen Wirtschaftsweise bedingt eine besonders geartete abwechslungsreiche Ernährung. In dieser Beziehung ist leider der größte Teil unserer Hausfrauen und Mütter nicht genügend vorgebildet. Es werden von ihnen in der Regel die Gepflogenheiten des elterlichen Heimes übernommen und nur eine mühsame, oft mit Geldverlusten verbundene Erfahrung bringt eine allmähliche Weiterentwicklung vorhandener Fertigkeiten. Die jahrelange Schulung kann hierin manchen Schaden verhüten. Das gilt ganz besonders bei der Zubereitung von Speisen und Seefischen. Den Seefischen im deutschen Volke einen stärkeren Verbrauch zu verschaffen, ist seit einigen Jahren das ernste Bemühen der preussischen Regierung aus rein volkswirtschaftlichen Erwägungen. Wenn das deutsche Volk im Gegensatz beispielsweise zum englischen und anderen Küstenbewohnern noch nicht halb so viel Seefisch verzehrt, so ist das in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Zubereitung bisher nicht in der geeigneten Weise erfolgte und daß in früherer Zeit der Transport noch nicht so ausgebildet war, daß die Ware auch in den vom Meer entfernten Landesteilen frisch zum Verkauf gelangte. Diese letzteren Mängel sind sowohl durch technische Fortschritte, wie durch beschleunigte Beförderung auf der Eisenbahn reitlos beseitigt. Ja wie mannigfacher Weise heut der Seefisch in der verschiedenartigsten Zubereitung zur reichhaltigen Gestaltung des

Stadttheater
 Montag, 20.15 - nach 22.30
 Sonntag, 20.15 - nach 22.30
Die Bohème
 Montag, 20.15 - nach 22.30
 Sonntag, 20.15 - nach 22.30
Die große Unbekannte
 Montag, 20.15 - nach 22.30
 Sonntag, 20.15 - nach 22.30

Lobe-Theater
 Telefon 56747
 Dienstag, 15.30 - 17.00
Der Mann, den kein Gewissen trieb
 Dienstag, 20.15 - 22.10
 und täglich:
 große Heiterkeitserfolge!
Souper
 Hierzu:
zwei, drei, vier

Thalia-Theater
 Montag, 20.15 - 22.25 Uhr
Ein Volksfeind
 Schauspiel v. Henrik Ibsen

Schauspielhaus
 Ref. 36300
 Heute Dienstag, den 3.
 Mittwoch, den 4. u. Donnerstag,
 den 5. März
 täglich 8 Uhr
3 Große Volks-
3 Vorstellungen!
 Gastspiel Hedi Kramer
 in 9402

Viktoria u. Husar
 nach wie das gewöhnliche
 Volkspreisen:
 1. Rang . . . 0.50 M.
 2. Rang . . . 1.- M.
 3. Rang . . . 1.50 M.

Werblich
 Die Welt-Sensation
NONI

Circus Busch
 Schau-Arena
 Heute Dienstag ringen:
Petrowitz - Köhler
Stein - Maronke
 Entscheidung:
Kawan - Sajat Maris
 Entscheidung:
Kuchin - Leskinovitz

Druckerei
Volkswacht
 BRESLAU 2
 Starstraße 46
 nimmt die An-
 ordnung sämtlicher
 druckarbeiten für
 Industrie, Handel, Ver-
 ein- u. Gewerkschaften
 in- u. mehrfarbiger
 Ausführung bei preis-
 werter Berechnung u.
 pünktlicher Lieferung

GLORIA PALAST

Nachtvorstellungen

Heute und täglich 23 Uhr
 Alleinige Erstaufführung



Ideeale Nacktheit!
Der nackte Körper
in Licht und Sonne

Preise ab 90 Pf. Vorverkauf ab 11 Uhr.
 Angehörige von Sportvereinen etc. erhalten
 gegen Ausweis Platzvergnügenschein, desgleichen
 Humboldt-Verein, B.-V. etc.
 Erwerbhal. (auß. Orchesters.) halbe Preise.

Maskenball der Straßenbahner

am 7. März im „Bürgerpark“ in Krieger
 bei Entnahme eines Maskenkostüms
 von 3.00 Mk an
Maskenverleih Dager
 Nummerstr. 14, 2. Etage

Bitte heutige Beilage beachten!

Regierung fordert **10%**
 Reger-Seite
 dagegen **16%**
 billiger!

Das Pfundpaket also nur **55** Pfennig
 und dazu den wertvollen Gutschein.

Bettstellen

englisch, modern
25.-
 Diesel, Breitestr. 42

Deckbetten

15.-, 20.-, 25.- u. 35.- Mk
 Riffen 5.-, 6.- u. 7.50 Mk
 Seilhaus Delsnerstr. 121.

Zur Hilfees

und Matratzen, die
 innerhalb 14 Tagen
 nach Ablauf des
 Auftrages nicht
 abgeholt, kann eine
 Gewähr für Aufbe-
 wahrung nicht über-
 nommen werden.

Verlag
 der
Volkswacht

Bilfe

bei allen Einkäufen
 stets die Inserenten
 unserer Zeitung zu
 berücksichtigen

MESSOW WALDSCHMIDT
 G.m. b.H.
 Schmiedebucke

In dieser Woche:
Allehand Waren!

Scheuertücher in guter Strapazierqual.	14
Küchenhandtücher gesäumt und gewändert, 1 Meter lang, gute Strapazierqualität.	25
Gostreite, waschechte Knabenschürzen für 1 bis 4 Jahre, mit Spieltasche	28
Büstenhalter gut sitzend, gute Wäsche- stoffe od. feingewebt, Trikot, St. 75, 52	35
Sehr schön, elegante Stickerol-Träger-Passen ringsumgeh. herrl. Stück-Ausführ., z. T. leicht angestaubt, Stück	38
Schwarze und farbige Ersatztübe feste Baumwollqualität, mit verstärkter Ferse und Spitze	18
Kräftige Vigogonesocken grau, 1x1 Rand Paar	28
Restposten verschiedenartige Damen- und Herren Handschuh Trikot u. Wildleder imit., gute Qual., Paar	68
1x1 gestrickte, schwarze Frauenstrümpfe feste Strapazierqual., zahlos, verstärkte Ferse und Spitze	58
Gestrickte Baskenmützen für Damen und Kinder, in vielen schön. bunten Farben	65
Herren-Flanel-Sporthemden mit Kragen und Binder in praktischen Farben	295
In grau u. schwarz! Weiche reinwollene Kammgarn-Strickwolle 50-Gramm-Lage	25
Mehrere tausend zurückgesetzte Romane v. Lehne, Wolke, Werner etc. gut gebunden	95
500 Kassetten Leinwandpapier Inh. 25 25, mit Seiden- rutter, gute Qualität	48
Gute, kräftige Fußabtreter (Kokosmatten) mit farbigem Rand Stück	45
Pa. Oranienburger Kernseife 500 Gramm frischgewicht.	35
Isolierflaschen 1/2 Liter, mit Aluminiumbecher, Stück	75
Glasstrümpfe für Stieb- und Hänge- licht, Normal, mit kleinen Webe- fehlern	38
6 Porzellan-Obertassen mit Goldrand oder Dekor. 6 Stück zusammen	50
Saltiger Backen-Bestecke durchgeh. mit Beschlägen, unverwundlich im Gebrauch, moderne Klinge, Paar	45

marken die man sich merkt

mercedes das zahn-
chen der guten
autos.

schwarze das
Symbol für echtes
schlesisches leinen

das Zeichen der
linke-hofmann-
qualitätsarbeit

das Zeichen für
gute herrenklei-
dung.

das Zeichen der SS kettenläden
für gute herrenkleidung. zeh-
ntausende in berlin, leipzig und
hamburg tragen SS herrenklei-
dung, weil sie die unwälzende
verbesserung der fertigung
durch die SS fachleute erkannten.

SS verarbeitet nur reinwollene
stoffe. was früher wenigen
zu teuren preisen vorbehalten
war, liefert SS zu den 4 einheits-
preisen:
48.- 68.- 85.- 118.-

eröffnung 7. märz schweidnitzer straße 9

SS kettenläden für gute herrenkleidung
 berlin breslau hamburg leipzig

Mein ärztliches Hausbuch

Zu beziehen durch die
Volkswachtbuchhandlungen
 Neue Granzstr. 3
 Friedrich-Wilhelm-Str. 105 Plank. 4-6

Prof. Dr. med. Thost, Hamburg schreibt:
 „Auch bei dieser
Grippe-Epidemie
 leistet
Salzbrunner Oberbrunnen
 wieder unbestritten Vorzügliches“.

Salzbrunner Oberbrunnen ist überall erhältlich
 Großhandlung Oscar Gleiser, Jenkenstraße 13

In jedes Haus ein Atlas

Volkswachtbuchhandlungen Breslau

Reiniger Weltatlas 2,50
 Geographischer Weltatlas 4,50
 Das Bild der Erde 4,50

Der Wahre Jacob

Preis 30 Pf. Preis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Witzblatt
 Zu haben in den Volkswacht Buch-
 handlungen und bei den Zeitungsträgern

Glockenrieg in Gagan

Ein Streit zwischen katholischer Kirche und Stadtgemeinde, der bereits über 6 Jahre währt

Ein interessanter Streit wird hier zwischen der Stadtgemeinde und der katholischen Kirchengemeinde um die Beschaffung von Ersatzglocken für das im Kriege abgelieferte Kirchengeläut geführt. Die katholische Kirchengemeinde verlangt, die Stadt Gagan solle die Kosten dafür übernehmen, und sie beruft sich hierbei auf den Trutwin'schen Vertrag vom Jahre 1334 (!), nach dem die Stadt verpflichtet sei, die Baukosten für die katholische Stadtpfarrkirche zu tragen. Der Pögnitzer Bezirksauschuss und das Oberverwaltungsgericht Berlin entschieden auch in diesem Sinne und verurteilten die Stadt zur Zahlung von 13 000 Mark, die die drei bronzernen Glocken kosten. Die Stadtverordneten lehnten jedoch trotz des Urteils des Oberverwaltungsgerichts die Bemilligung der Gelder ab. Der Trutwin'sche Vertrag wird als veraltet und nicht mehr erträglich bezeichnet, und es soll alles versucht werden, von ihm loszukommen. Auf Grund dieser Stellungnahme der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ist es zu heftigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit gekommen, und auch in der letzten Stadtverordnetenversammlung führte die Glockenangelegenheit wieder zu lebhaften Erörterungen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Streit der Meinungen die Mitteilung des ersten Bürgermeisters Dr. Kolbe, daß der Magistrat beschließen habe, einen Sachverständigen mit der Klärung der trotz der Urteilsprüche noch immer zweifelhaften Rechtsfrage zu betrauen, das heißt, daß der Trutwin'sche Vertrag als solcher angefochten werden soll, während der Kampf bis jetzt nur um die Folgerungen aus dem Vertrage ging. Man darf gespannt sein, welchen Ausgang der Streit nehmen wird, der nun schon über sechs Jahre geht.

Verammlungstummult im Kreise Münsterberg

bei einer nationalsozialistischen Versammlung

Zu einem folgenschweren politischen Zusammenstoß kam es in der Nacht zu Sonntag in Särzdorf, Kreis Münsterberg. Im Saale des Gasthofes hielten Nationalsozialisten eine Versammlung ab, zu der etwa 40 auswärtige SA-Männer als Gasthörer zugezogen waren. Während die Versammlung noch im Gange war, trafen mit mehreren Bekannten etwa 150 bis 160 auswärtige Kommunisten ein, drangen in den Saal und luden die Versammlung zu forcieren. Der zuständige Amtsvorsteher, der in der Versammlung anwesend war, ließ zur Vermeidung von Auseinandersetzungen die Versammlung aus der Saal und luden die Mann angehörige Landjäger unter Führung des Oberleutnants Kötter den Saal räumte entwickelte sich eine blutige Schlägerei, in deren Verlauf Oberleutnant Kötter schwer verletzt wurde. Er erhielt einen Schlag auf den Hinterkopf und erlitt eine Gehirnerschütterung. Außerdem wurde er durch einen an einer Seite befindlichen Nagel im Gesicht erheblich verletzt und am Bein verwundet, so daß er vernehmungsunfähig ist. Den Landjägerbeamten gelang es schließlich die Ruhe wieder herzustellen.

Kommunistische Ausschreitungen in Reife

13 Verhaftungen

Im Zusammenhang mit kommunistischen Demonstrationen kam es in Reife auch noch am Freitag und Sonnabend zu Ausschreitungen, die zum Teil in schwere Schlägereien ausarteten. Die Polizei, die mit dem Gummihüpfel vorgehen mußte nahm insgesamt 13 Verhaftungen vor. Einer der Festgenommenen wurde bereits vom Schnellrichter zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

S 218

Das sind die Folgen

Die gefährlichste Auswirkung des Schandparagrafen 218 ist, daß er Frauen in ihrer Rolle dem gemeingefährlichen Wüstentum in die Hände weicht, wie nachstehender Fall zur Genüge wieder beweist: Der Heilgehilfe Künzel in Nieder-Hermstorf war bereits einmal zur Verantwortung gezogen worden, weil er bei seinen „Unterhaltungen“ mehrere Frauen mit angedenkten Krankheiten infizierte. Diese übte Methode mag ihm leinzeitig zwei Jahre Gefängnis ein. In einer neuerlichen Gerichtsverhandlung gegen ihn wegen Verbreitung offenerbare sich abermals ein gemeingefährliches Verbrechen; die Frau hat durch den Eingriff schwere gesundheitliche Nachteile um Jahre hinaus erlitten. Das Weidenburger Schöffengericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis gegen Künzel.

Ein nicht alltägliches Unheil

Ein Kogelranne faßt auf eine Straßenbahn

Am Sonntag, gegen 18 Uhr, waren hundert Arbeiter in Gieschitz damit beschäftigt, eine Straßenkugelranne in der Wilhelmstraße in Ordnung zu bringen. Beim Herablassen der Ranne löste sich der am Haus angebrachte Hebel, so daß die Ranne mit dem Verbindungsstück und dem Schußbolzen auf die Straßenebene fiel. Die Straßenbahn fuhr, wodurch eine Kugelranne entstand. Ein fünfjähriges Kind wurde durch die Kugelranne durch die Glasplatte der herabfallenden Ranne erhebliche Verletzungen im Gesicht, so daß er nach Anlegung eines Kopfschutzes in das hiesige Krankenhaus gebracht werden mußte. Der durch Glasplatte verletzte Schussopfer wurde in im Krankenhaus in der Nacht zum Montag keinen Verletzungen erlitten.

Georgius Rücktritt bevorstehend?

Wie die „Polonia“ aus Warschau berichtet, dürfte der polnische Gesandte hier in der nächsten Zeit demissionieren, nachdem keine Demission grundsätzlich ausgeschlossen ist. Die Frage seiner Nachfolgerin steht der Regierung jedoch außerordentlich schwierig, infolge der komplizierten politischen und diplomatischen Lage. Die meisten Kandidaten des Geheimes Staatssekretärs, habe der polnische Gesandte demissioniert.

Siegen. Bei einem epileptischen Anfall erkrankte die 27jährige Arbeiterin Gertrud H. in Schöpschen-Schöpschen heute auf einem unebenen Wege in einem epileptischen Anfall mit dem Bewußtsein in eine Wassergrube und erlitt, da der Boden nicht bemalt wurde, noch nach einer Stunde wurde sie von einem Bauarbeiter aufgefunden.

Waldenburg. Töblicher Grabraubfall. In der Kirche der Waldenburger Kirche in Waldenburg verunglückte nach Lage der Person August Kallm aus Waldenburg. Er wurde verhaftet und konnte nur als Leiche geborgen werden. Der Tot ist 36 Jahre, verheiratet und Vater zweier Kinder.

Süd-Mähren. Neuer ungewalttätiger Quellenreichtum. Bei dem Arbeiter zur Verfertigung der Qualen des großen Spinnstuhls die als notwendig anzusehen hat, hat nun ein neuer Quellenreichtum auf neue fischereiarbeiter Waldenburger, die mit nachgehender neuerlicher Druck setzen. Die Waldenburger des großen Spinnstuhls in der Waldenburger, der in den letzten Jahren etwa 150 Mann in der Industrie verloren, nunmehr jetzt mehr

als die dreifache Menge Wasser. Damit ist die frühere Stärke von 1904 sogar übertroffen. Diese ganz überraschenden Ereignisse veranlaßten Generalverwaltung und Generalversammlung der Bad-Nitche-A.G. zu dem Beschluß, die Ausführung des vorgesehenen Bauprogramms zu beschleunigen.

Gottesberg. Erste Finanzlage der Stadt. Die überaus erste Finanzlage der Stadt kam in der Stadtverordnetenversammlung eingehend zur Besprechung. Der Etat 1930/31 wird nach den bisherigen Feststellungen mit einem Fehlbetrag von 64 000 Mark abschließen. Um nun eine finanzielle Unterstützung zu erhalten, sollte auch die letzte neuerrichtete Möglichkeit erschlossen werden und eine Verdoppelung der Biersteuer eintreten. Bürgermeister Dr. Glöckner wies darauf hin, daß, falls die Stadt keine finanzielle Unterstützung erhalte, die Stadtkasse am 1. April die Zahlungen einstellen müsse. Trotz dieser ernsten Situation konnten sich die Stadtverordneten nicht dazu entschließen, eine Verdoppelung der Biersteuer einzuführen zu lassen. Es wurde eine besondere Kommission gewählt, die der Regierung schriftlich und mündlich die Gründe der Ablehnung vorzutragen soll. In einem Dringlichkeitsantrag wurde die Gleichstellung der Schlachthofgebühren des hiesigen Schlachthofs mit den Gebührenätzen Waldenburgs gefordert. Dem Antrag wurde zugestimmt und dadurch eine Ermäßigung der Schlachthofgebühren bewirkt.

Reuzburg. Zwei Scheunen eingeweiht. In Ober-Eluth brannte die Scheune des Landwirts Bodstawa mit sämtlichen landwirtschaftlichen Maschinen, etwa 120 Zentnern Stroh und 20 Zentnern Heu nieder. — In Konstadt-Eluth erlitt das gleiche Schicksal der Landwirt Gawert, dem die Scheune und die in ihr befindlichen Maschinen und Geräte dem Feuer zum Opfer fielen.

Aus der Umgebung

Die Mau- und Klauenpeuche

ist in den Ortsteilen Klein Schottgau (Gemeinde Groß-Schottgau) und Reibitz (Gemeinde Peterwitz) erloschen.

Reibitz. Aus der Partei. Hier sprach in einer öffentlichen SPD-Versammlung Genosse Hannel. Genossen Hannels Ausführungen fanden lebhaften Anklang. In der Aussprache beteiligten sich Genossen Schwarz, Richter und forderten die Frauen auf, sich zu organisieren. Es wurden sechs Resolutionsentwürfe gemacht. Mit einem dreifachen Hoch auf die SPD. wurde die Versammlung geschlossen.

Reibitz. Aus der Partei. Am vergangenen Sonntag fand in Reibitz eine öffentliche Versammlung gegen die Nazis statt. Die sich eines äußerst guten Besuches erfreute. Genosse Hannel's Ausführungen fanden lebhaften Anklang. In der Aussprache beteiligten sich Genossen Schwarz, Richter und forderten die Frauen auf, sich zu organisieren. Es wurden sechs Resolutionsentwürfe gemacht. Mit einem dreifachen Hoch auf die SPD. wurde die Versammlung geschlossen.

Sachsen. Sozialistische Arbeiterjugend. Dienstag, den 3. März, „Arbeits-Sparagang“, Reibitz. Gänge sehr willkommen.

Reibitz. Berufsberatung. Im Laufe des Freitagvormittags fand auf noch ungenutzte Stelle ein Schornsteinfegerlehrling des Reichs-Schornsteinfegermeisters Greiser-Rimkau, der im Reibitz hand, einen Schornstein zu legen, am Wohnort des Schornsteinfegers. Mit inneren Entschlossenheit wurde der Lehrling nach dem Reibitz übertragen.

Reibitz. Jubiläumsgedächtnis des Jahrbüchleins. Am Sonntag, den 2. März, fand der Verband der Kollegen zu einer Versammlung an. Bei der ein gefüllter Saal anwesend waren. Die Begrüßung zum Jubiläum wurde auf Schluß genommen. — Dem Jubiläum wurde die Unternehmerrichter sehr herzlich von Herzen gefeiert, die schließlich zur Verabschiedung führte. In dankbaren Worten wurde die ungenutzte Stelle Gedächtnis des Verbandes geleist. Die letzten Worte waren: „Wir sind dankbar für die letzte Stärke, wie die Leistungen des Verbandes. Die Kollegen dürfen von der Verwirklichung der Ziele gewiss sein, zumal der Eintritte sehr wichtig gehalten war.“

Reibitz. Der frühere Reichsminister als Einbrecher. In Sachsen wurde kürzlich beim Gutsherrn Güntler ein Einbruch verübt, bei dem auch ein Speisegeschloß über 1000 Mark geklaut wurde. Als der Täter des Geld bei der Eisenwerk Spinnke abgeben wollte, wurde er verhaftet. Es stellte sich heraus, daß es sich um den früheren Reichsminister des Reiches, einen gewissen Reichel, handelt. Er gestand, in der Reibitzer Gegend noch andere Diebstähle ausgeführt zu haben.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land Neumarkt/Nampisch
Schriftf. Postfach 12, Gumbinnen (Ostpreußen), Zimmer 13-14
Telefon 5908, 5909
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-12 u. 4-6 Uhr

Sonne. Dienstag, den 3. März, 20 Uhr, Frauenabend bei Reibitz, Reibitz Gen. Jule-Gesell.

Sonne. Dienstag, den 3. März, 19 Uhr, Mitgliederversammlung bei Reibitz, Reibitz Gen. Jule-Gesell.

Sonne. Mittwoch, den 4. März, 19 Uhr, in der evangelischen Schule, Waldenburg. Genosse Schöber hält einen Vortrag über die Bedeutung der Arbeit.

Reibitz. Mittwoch, den 4. März, 19 Uhr, bei Genoss. Jugendversammlung, Reibitz Genoss. Jule-Gesell, A. 2. Die Mitglieder werden eingeladen.

Reibitz. Mittwoch, den 4. März, 19 Uhr, bei Genoss. Jugendversammlung, Reibitz Genoss. Jule-Gesell, A. 2. Die Mitglieder werden eingeladen.

Sonne. Donnerstag, den 4. März, 19 Uhr, bei Genoss. Jugendversammlung, Reibitz Genoss. Jule-Gesell, A. 2. Die Mitglieder werden eingeladen.

Sonne. Donnerstag, den 4. März, 19 Uhr, bei Genoss. Jugendversammlung, Reibitz Genoss. Jule-Gesell, A. 2. Die Mitglieder werden eingeladen.

Sonne. Donnerstag, den 4. März, 19 Uhr, bei Genoss. Jugendversammlung, Reibitz Genoss. Jule-Gesell, A. 2. Die Mitglieder werden eingeladen.

Sonne. Donnerstag, den 4. März, 19 Uhr, bei Genoss. Jugendversammlung, Reibitz Genoss. Jule-Gesell, A. 2. Die Mitglieder werden eingeladen.

Sonne. Donnerstag, den 4. März, 19 Uhr, bei Genoss. Jugendversammlung, Reibitz Genoss. Jule-Gesell, A. 2. Die Mitglieder werden eingeladen.

Politische Nachrichten

Nach dem Austritt Moslens

Die Exekutive der Labour Party wird die Rückkehr von Sandersons abwarten, bevor sie zu dem Austritt des Lordpaars Moslen und seiner drei Anhänger aus der Labour Fraktion Stellung nimmt. Einstweilen liegen nur die Stimmen aus den einzelnen Wahlkreisen vor. Es zeigt sich, daß dort die überproportionale Mehrheit der Labour-Anhänger, vor allem fast sämtliche Funktionäre, treu zur Labour-Party stehen und sehr erbittert über die Ausschließungen urteilen. Die Wahlkreise verlangen Mandatsniederlegung der Moslen-Gruppe. Offizielle Beschlüsse sollen jedoch erst nach der Sitzung der Parteizentrale gefaßt werden.

Zugleich tobt im konservativen Lager ein schwerer Kampf um die Kandidatur zu einer demnächst stattfindenden Nachwahl. Der rechte Flügel der Konservativen, die Hochschulzöcher, hat bereits einen eigenen Kandidaten für den sicheren konservativen Sitz aufgestellt. Zwei von den offiziellen konservativen ernannten Kandidaten haben auf die Kandidatur verzichtet. Einer von ihnen, ein früherer Minister im Kabinett Macdonald, erklärt er werde unter der Führung von Baldwin nicht mehr ins Unterhaus zurückkehren. Baldwin könne der Partei nur noch einen guten Dienst erweisen, wenn er zurücktrete.

Erfolgreiche Verhandlungen mit den Liberalen über die Gewerkschaftsgesetz

Zwischen der Regierung und den Liberalen ist am Montag in der Gewerkschaftsfrage verhandelt worden. Eine Einigung noch nicht zustandekommen. Solange die Regierung das Gesetz nicht zurückzieht, gehen die Kommissionsberatungen weiter.

Die belgischen Sozialisten für Abrüstung

Der belgische sozialistische Generalrat hat nach mehrwöchigen überaus gründlichen Debatten über die Abrüstungsfrage eine Kommission beauftragt, einen vielen Punkt betreffenden Text für das neue Parteiprogramm auszuarbeiten. Die Kommission hat sich auf folgende programmatischen Forderungen geeinigt:

- Einem der Ziele, die die belgische Arbeiterpartei verfolgt ist der Kampf gegen den Krieg und für die Organisation des Friedens. Zur erfolgreichen Durchführung dieser Ziele ist folgendes in das Parteiprogramm aufgenommen: a) auf nationalem Boden: kollektive und unverzügliche Aktionen zur der fortschreitenden gleichzeitigen und kontrollierten Herabsetzung der Rüstungen mit dem Ziele der allgemeinen Entwaffnung, sobald die Organisation des Friedens durch Demokratie fest genug sein wird, um die allgemeine Sicherheit zu gewährleisten und jeden militärischen Apparat überflüssig machen. b) auf nationalem Boden: Schon jetzt und unabhängig von künftigen allgemeinen internationalen Abkommen Herabsetzung der Rüstungen Belgiens auf ein Niveau, das den internationalen Verpflichtungen des Landes gemäß das Gleichgewicht der Rüstungen am Rhein herstellt. Die Herabsetzung zu erreichen: a) die Militärausgaben; b) das Kriegsmaterial; c) Dienstzeit im Heere, die auf keinen Fall sechs Monate überschreiten darf; d) die Zahl der Berufssoldaten und Offiziere.

Zu den Mitgliedern der Redaktionskommission gehören unter anderem Vandervelde und de Broedere.

Die Reichsvertretung in München hört auf

In einem dem Reichstag zugegangenen Ergänzungsgesetz für 1931 wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung wegen der gemeinsamen finanziellen Lage beschließen habe, den bei der zweiten Beratung des Haushalts 1931 gefaßten Beschluß des Reichstages die Vertretung der Reichsregierung in München künftig weglassen zu lassen, mit Ablauf des Reichs-nachjahres 1931 zu verwirklichen. Der gegenwärtige Vertreter der Reichsregierung in München, v. Ganiel, wird in den einwöchigen Ruhestand versetzt.

Curtius nach Wien abgereist

Reichsgruppenminister Dr. Curtius ist am Montag abends Begleitung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Dr. Fiedler zu einem Besuch der österreichischen Regierung nach Wien abgereist. In der Begleitung des Reichsgruppenministers befinden sich außerdem zahlreiche Sachverständigen des auswärtigen Amtes. Zeichen, daß man in Berlin von dem Wiener Besuch mehr als nur Befundungen persönlicher Freundschaft erwartet.

Was Brüning den Gewerkschaftsführern sagte

Die Reichsregierung hat sich über unsere Darstellung der Erfahrungen des Reichsstaatspräsidenten während des Empfangs der Gewerkschaften beim Reichspräsidenten ausführlich geäußert. Darin wird von maßgebender Stelle sehr betont, die Erklärung des Reichspräsidenten sei nicht von dem abgesehen, was mit den Führern der Gewerkschaften vereinbart und im Kabinett mit Zustimmung des Ernährungsministers beschlossen worden sei.

Wir können dazu nur bemerken, daß unsere Darstellung der Erfahrungen Brüning's über die Ermächtigung der Regierung in der Folgezeit der Sache nach absolut einwandfrei ist.

Endlich heimgefunden!

Der vor Monaten aus der Sozialdemokratie ausgeschiedene Reichspräsident Dr. Brüning ist dieser Tage dort gelandet, wo er noch keinem Charakter schon länger hingehört: bei den Grünern. In den Beziehungen über die Moral haben sich in der Beziehung mit denen der Nazis. Wie die Moral den Reichstag schenken und sich dafür Tüden zahlen lassen. So kämpft er jetzt gegen volles Gehalt keinen Kampf. Man heißt auch hier „Gleich und gleich gesellt sich gern.“

Das neue Berlin-Gesetz im Auschuh angenommen

In der Verfassungskonferenz des Reichspräsidenten Landtages am Montag das neue Berlin-Gesetz nach dem unter den Reichspräsidenten zustande gekommenen Kompromiß in dritter Lesung verabschiedet. Die Regierung hat das Kompromiß ebenfalls in der Verfassungskonferenz angenommen. Seiner Verabschiedung im Plenum dürfen kaum Schwierigkeiten entgegenstehen.

Das Kompromiß sieht insbesondere eine Stärkung der Stellung des Oberbürgermeisters vor. In seiner Hand liegt die Ernennung. Ihm ist ferner das Vorschlagsrecht für Kommunalverordnungen zugebilligt. Neben die Stadtverordnetenversammlung der Stadt das Gesetz ein genau begrenzter Katalog von Befugnissen übertragen wird, und die nach wie vor von einem Ausschuss der Stadtverordneten geleitet wird, tritt der Stadtgemeinde ein Ausschuss unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters als Verwaltungsgremium der Stadtverwaltung. Der Magistrat aus dem Oberbürgermeister, zwei Bürgermeister, neun Stellvertreter und sechs unbesoldeten Mitglieder. Die Wahlzeit der bisherigen unbesoldeten Magistratsmitglieder erlischt mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes. Die besoldeten Magistratsmitglieder werden weiter im Amt.

Die Sozialverfassung ist fast unverändert geblieben. Die Sozialverordnungen tags über nicht unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters, und nicht öffentlich.